

31a
V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 1

Januar 1968

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1968

Aufsätze: Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)
Kartoffeln
Preisindex landwirtschaftlicher Betriebsmittel
Löhne und Gehälter 1965

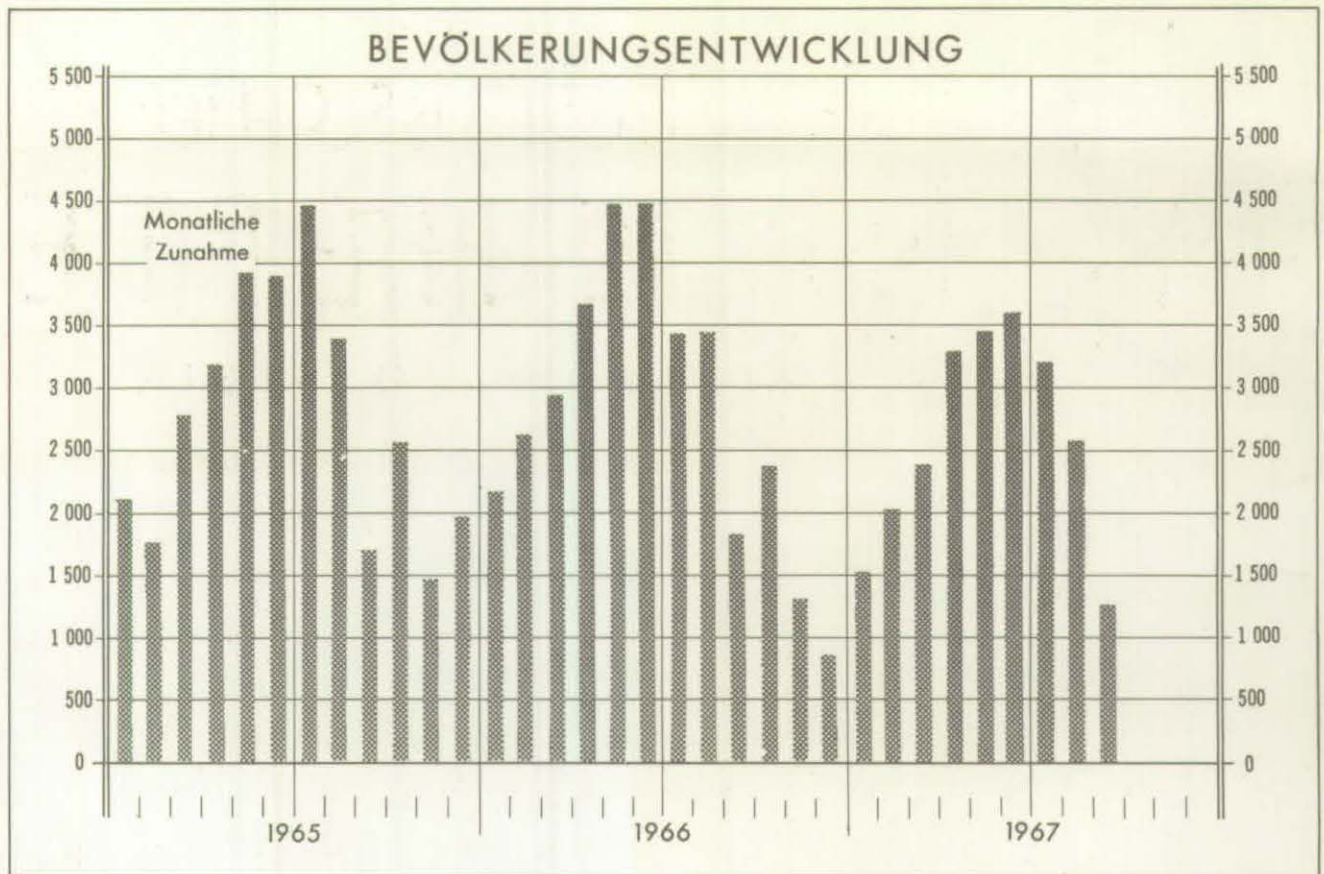
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

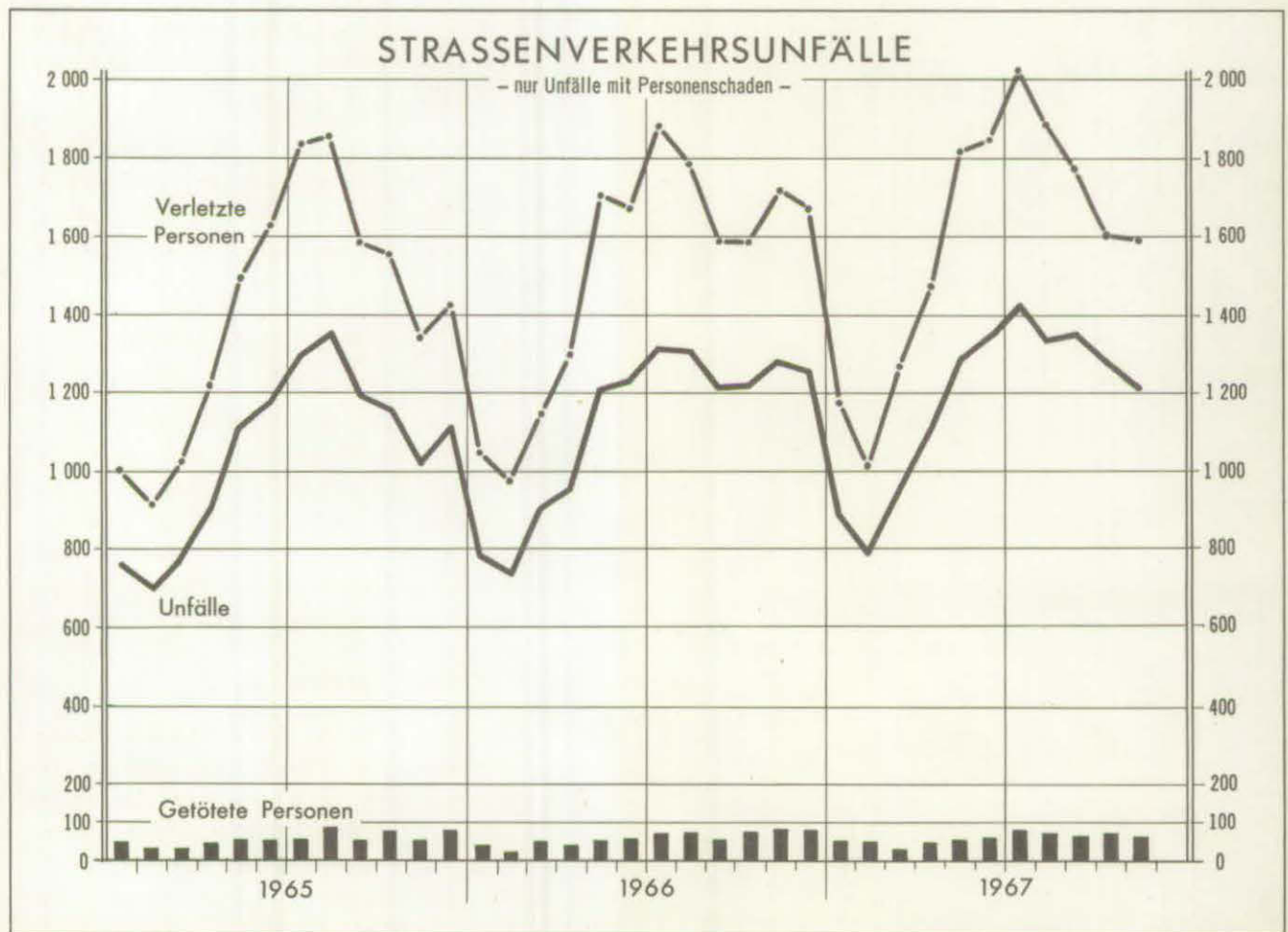


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



D-3781



Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

INHALT 1/68

	Seite
Aktuelle Auslese	1
Aus dem Inhalt	2
Aufsätze	
Das Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)	3-6
Kartoffelanbau und -ernten	7-14
Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	14-19
Die Löhne und Gehälter aus unselbständiger Arbeit.	19-24
Grafik des Monats	12-13
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A - allgemein - 3. Umschlagseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 8/1967

100 Jahre Kreise
Ehescheidungen
Weinbestände 1962—1966
Preisindex für Agrarprodukte

Heft 9/1967

Strafurteile 1965
Ausfuhr 1964—1966
Preise von Agrarprodukten
Wohnverhältnisse der Vertriebenen
Kriegsopferversorgung
Schlepper

Heft 10/1967

Abiturienten — gestern und morgen
Landtagswahl — regionale Ergebnisse
Vieh- und Fleischwirtschaft
Baufertigstellungen 1966

Heft 11/1967

Zuckerrüben und Zucker
Beschäftigtenstruktur Industrie
Umsatz der Unternehmen 1966
Straßenverkehrsunfälle 1966
Erzeugerpreise in der Industrie
Schwerbeschädigte

Heft 12/1967

Gemeinden und Ämter
Wasserhaushalt Industrie
Löhne im Handwerk
Die kommunalen Haushalte 1966



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

20. Jahrgang · Heft 1

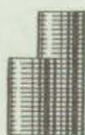
Januar 1968

Aktuelle Auslese



Herzkrankheiten an erster Stelle aller Todesursachen

Im Jahre 1966 sind in Schleswig-Holstein 29 800 Menschen gestorben. Bei 5 900 Gestorbenen wurden Herzkrankheiten als Todesursache festgestellt, 5 600 Menschen starben an Krebs und 5 400 an Gefäßstörungen des Zentralnervensystems. Allein diese drei Krankheiten bildeten bei 57 % aller Gestorbenen die Todesursache. 1 750 Menschen verunglückten tödlich.



Mittel für Schlüsselzuweisungen 1968 leicht zurückgegangen

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Kreisverwaltungen können 1968 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 173 Mill. DM rechnen. Das sind 3 Mill. DM oder fast 2 % weniger als 1967. Von diesem leichten Rückgang sind alle drei kommunalen Gruppen gleichmäßig betroffen. Die kreisangehörigen Gemeinden erhalten 1,3 Mill. DM oder 1,6 %, die Kreisverwaltungen 1,2 Mill. DM oder 1,8 % und die kreisfreien Städte 0,6 Mill. DM oder 2 % weniger.



Leichtes Ansteigen der Beschäftigung in der Industrie

Obwohl sich die Beschäftigungslage in der Industrie seit dem niedrigen Frühjahrsstand zunehmend gebessert hat, betrug der Rückstand Ende Oktober 1967 im Vergleich zum Vorjahr noch 3,6 %. Es wurden aber um 3,5 % höhere Umsätze erzielt als im Oktober 1966.



Anhaltende Belebung im Bauhauptgewerbe?

Ende Februar 1967 hatte das Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins mit 55 600 Beschäftigten einen Tiefstand erreicht. Seitdem stieg die Beschäftigung von Monat zu Monat an und erreichte Ende Oktober 63 450 Beschäftigte. Da noch in keinem Jahr der höchste Beschäftigtenstand im Oktober lag, ist anzunehmen, daß konjunkturelle und nicht saisonale Auftriebskräfte diese Entwicklung bewirkt haben.

Der Umsatz im Bauhauptgewerbe ist ebenfalls von Monat zu Monat gestiegen. Im Wohnungsbau waren die Umsätze von Januar bis Oktober 1967 mit 596 Mill. DM sogar um 6 Mill. DM größer als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1966.



Weniger landwirtschaftliche Betriebe

Anfang 1967 wurden in Schleswig-Holstein 44 800 landwirtschaftliche Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlicher Nutzfläche gezählt. Damit hat sich die Zahl der Betriebe gegenüber dem Vorjahr noch stärker verringert als zwischen 1965 und 1966. Die stärksten Abnahmen waren erneut bei den Betrieben zwischen 10 und 15 ha zu verzeichnen, die Zahl der Betriebe über 30 ha hat dagegen weiter zugenommen.



Großer Schweinebestand

Anfang Dezember 1967 gab es in Schleswig-Holstein 41 000 Rindviehhaltungen und 56 700 Schweinehaltungen. In diesen Beständen wurden 1,39 Mill. Rinder und 1,75 Mill. Schweine gezählt. Während sich die Zahl der Rinder gegenüber dem Vorjahr kaum veränderte, hat die der Schweine um 4 % zugenommen. Der Schweinebestand hat damit für diese Jahreszeit einen neuen Höchststand erreicht.

Aus dem Inhalt

Seite 3

Bauhauptgewerbe 1950-1967 (Teil 1)

Der Beitrag des Bauhauptgewerbes, dessen Leistung seit Kriegsende mit der feierlichen Übergabe der 10millionsten Wohnung gewürdigt wurde, zum Bruttoinlandsprodukt liegt unter den Wirtschaftsabteilungen mit 8,7 % an fünfter Stelle. In den vergangenen achtzehn Jahren hat das Bauhauptgewerbe eine Wandlung von einer mehr handwerklichen zu einer mehr industriellen Produktionsweise durchgemacht, die sich hauptsächlich an der Substitution von Arbeitskraft durch Maschinen zeigt. Die Zahl der Betriebe ist um 26 % zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten um etwa 50 % gewachsen, wobei die Angestellten sowie Facharbeiter und Spezialisten überproportional zugenommen haben. Der Umsatz ist explosionsartig gestiegen, indem er sich von 1950 bis 1960 vervierfachte und in den folgenden sieben Jahren um 70 % stieg, im ganzen also auf 670 % des Ausgangswertes kletterte. Die Betriebe sind größer geworden (1950: 14, 1967: 25 Beschäftigte). Diese Verschiebung zeigt sich gut in einer Betrachtung der Betriebszahl, gruppiert nach Größenklassen der Beschäftigten. Von den 62 000 Beschäftigten im Juni 1967 waren 2 800 Inhaber und Mithelfende, also nur 5 %. Wenn auch die Beschäftigtenzahlen von 1952 bis 1964 stetig gestiegen sind, so gibt es doch Unterschiede im Wachstumsverlauf.

Kartoffeln

Seite 7

Kartoffeln werden auf der ganzen Erde angebaut, am meisten allerdings in Europa. In den letzten Jahren wurde der Anbau in Nordamerika und Westeuropa eingeschränkt, in den Entwicklungsgebieten der Erde dagegen ausgedehnt. In der Bundesrepublik gehört der Kartoffelanbau wegen seiner Arbeits- und Kapitalintensität zu den preis- und ertragsempfindlichen Betriebszweigen. Seit Jahren nehmen der menschliche Verzehr und die Verfütterung an Schweine ab. Im Mittel der Jahre 1935/38 wurden im Gebiet der heutigen Bundesrepublik 1,2 Mill. ha Kartoffeln angebaut, 1967 0,7 Mill. ha. In allen EWG-Ländern ist der pro Kopf-Verbrauch im Laufe von elf Jahren von 104 auf 86 kg zurückgegangen. Für die EWG als Ganzes gleichen sich Erzeugung und Verbrauch von Kartoffeln ungefähr aus. Unter den Bundesländern baut man in Schleswig-Holstein relativ sehr wenig Kartoffeln an, auch wurde hier die Fläche von 1950 bis 1967 um 76 % erheblich stärker vermindert als in jedem anderen Flächenland der Bundesrepublik.

Hieran zeigt sich die Reaktion der schleswig-holsteinischen Bauern auf die sich wandelnde Marktsituation. Sowohl die Zahl der Betriebe, die überhaupt Kartoffeln anbauen, als auch die Anbaufläche dieser Betriebe sind gesunken, wobei dem ersten Moment etwa das doppelte Gewicht zuzuschreiben ist. Über die Struktur des Kartoffelanbaus unterrichten Tabellen nach den Verhältnissen 1960 und 1967.

Seite 14

Preisindex landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Zunächst wird erklärt, was sachlich zu dem Index gehört und was nicht, wie die Preise ermittelt werden, wie sie vor der Zusammenfassung gewichtet werden und welche methodischen Änderungen den Index in den letzten Jahren betroffen haben. Sodann werden die Veränderungen einzelner Indizes seit dem Wirtschaftsjahr 1950/51 und besonders seit 1963/64 genannt. Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ist in diesen Jahren stetig gestiegen und hat im letzten Wirtschaftsjahr sogar den Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte, der bisher immer darüber lag, überholt. In den letzten vier Jahren hat sich die Betriebsmittelgruppe "Nutz- und Zuchtvieh" am stärksten verteuert, ein Gut also, das von der Landwirtschaft selbst geliefert wird. Es folgen die Indizes für "Neubauten" und "Unterhaltung der Gebäude" sowie "Unterhaltung von Maschinen und Geräten". Verbilligt haben sich nur die Brenn- und Treibstoffe. Die Gruppe mit dem größten Gewicht, die Futtermittel (Anteil 28 %) ist im Mittel um 6,3 % und damit unterdurchschnittlich gestiegen. Im einzelnen gibt es unterschiedliche Preisverläufe.

Löhne und Gehälter 1965

Seite 19

Der Aufsatz berichtet über die Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1965, die 924 000 Fälle erfaßte. Die zugehörigen Bruttolöhne erreichten zusammen 7,5 Mrd. DM, woraus sich ein durchschnittliches Jahreseinkommen aus unselbständiger Arbeit in Höhe von 8 164 DM je Steuerpflichtigen ergibt. Bezieht man nur die ganzjährig Beschäftigten in die Berechnung ein, so erhöht sich diese Zahl auf 9 267 DM. Läßt man ferner die Frauen außer acht, so ergeben sich 10 789 DM. Betrachtet man schließlich nur die Verheirateten der Steuerklasse III mit drei Kindern, den typischen Familienvater also, (Frauen dürften in dieser Gruppe nur verschwindend wenige zu finden sein), so steigt der Jahreslohn auf 12 861 DM. Von den Veränderungen gegenüber 1961 (letzte Lohnsteuerstatistik vor 1965) ist die Zunahme der einbehaltenen Lohnsteuer um 73 % am imposantesten; die Summe der Bruttolöhne ist nur um 48 % gestiegen, und die Steuerpflichtigen sind nur um 7 % mehr geworden. Diese Verhältnisse finden sich in der Berechnung der Lohnsteuer je 100 DM Bruttolohn wieder: 1961 gingen 6,50 DM an die Finanzämter, 1965 waren es schon 7,60 DM. Bewirkt wird diese Zunahme durch das Aufsteigen zahlreicher Lohnsteuerpflichtiger in eine höhere Bruttolohngruppe in Verbindung mit der Progression des Steuertarifes, die allerdings – je nach Steuerklasse verschieden – erst bei Jahreseinkommen weit oberhalb des Durchschnitts einsetzt. Der Aufsatz stellt die Unterschiede nach Geschlecht und Beschäftigungsdauer dar, enthält die Ergebnisse nach der Höhe des jährlichen Bruttolohns und untersucht die Steuerbelastung, die Steuerklassen und den Lohnsteuerjahresausgleich.

Das Bauhauptgewerbe 1950 bis 1967

Teil 1

Kürzlich wurde bekannt, daß in der Bundesrepublik seit ihrer Gründung etwa 10 Millionen Wohnungen neu gebaut worden sind. Das Ereignis fand in einer offiziellen Veranstaltung im Kieler Neubaugebiet Mettenhof mit der Übergabe dieser "zehnmillionsten" Wohnung an ihren Mieter seinen sichtbaren Ausdruck. In Schleswig-Holstein wurden in diesem Zeitraum 418 500 Wohnungen erstellt. Das ist aber nur ein Teil der Leistung des Bauhauptgewerbes. Auf den Wohnungsbau entfällt nämlich nur etwa die Hälfte der geleisteten Arbeitsstunden, die andere Hälfte wird für landwirtschaftliche und gewerbliche Bauten sowie für öffentliche Bauvorhaben (Schulen, Straßen, Brücken etc.) in Anspruch genommen. Die gesamte Bauleistung kann auch nicht nur dem Bauhauptgewerbe zugerechnet werden. Um einen Bau konsumreif zu machen, sind vielfach in nicht unerheblichem Umfang Leistungen des Ausbau- und Bauhilfsgewerbes (Maler, Glaser, Installateure) notwendig. Auf der anderen Seite sind die Produzenten von Ziegelsteinen, Zement und anderen Baustoffen augenfällig als Vorlieferanten mitwirkend. Viele andere Produzenten bis hin zu den Herstellern von Einbauküchen, Gardinen und Teppichen fallen mit ihren Erzeugnissen weniger ins Gewicht, sind aber trotzdem Teilhaber einer guten oder auch schlechten Baukonjunktur. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang auch die Hersteller von Baugeräten aller Art, vom Lastkraftwagen bis zum Stahlrohrgerüst.

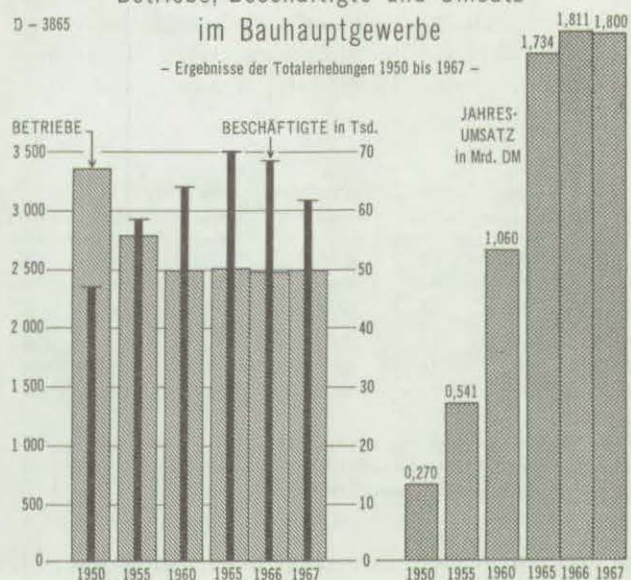
Mit einem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt von 8,7% in Schleswig-Holstein (Bundesrepublik: 7,7%) im Jahre 1965 rangiert das Baugewerbe - aber einschließlich des Ausbau- und Bauhilfsgewerbes - an fünfter Stelle nach dem verarbeitenden Gewerbe (32,1%), dem Handel (13,7%), dem Staat (11,4%) und der Land- und Forstwirtschaft (10,8%). Im Bund hat das Baugewerbe mit 7,7% Anteil zwar etwas weniger Gewicht als in Schleswig-Holstein, steht aber hier - vor der Landwirtschaft (4,4%) - an vierter Stelle. Daraus erhellt, daß das Bauhauptgewerbe zwar nicht das Zentrum der arbeitsteiligen Wirtschaft in der Bundesrepublik darstellt, aber gewiß eine Schlüsselposition innehat. Auf die finanzielle Vorder- oder Rückansicht der Bautätigkeit - je nach dem Standpunkt des Betrachters - kann hier nur mit der knappen Bemerkung eingegangen werden, daß in der Vergangenheit staatliches und privates "deficit-spending" - d. h. schlicht "Schuldenmachen" - mit großer Effizienz praktiziert wurde und wohl auch künftig praktiziert werden soll.

Zur Produktionsweise ist zu bemerken, daß in der Regel auf Bestellung und nicht auf Verdacht hin produziert wird. Die Nachfrage ist sachlich und räumlich stark differenziert. Außerdem ist bei aller Annäherung an die industrielle Produktionsweise - wie es u. a. in dem andauernden Substitutionsprozeß Arbeitskraft gegen Baumaschinen und Geräte zum Ausdruck kommt - nicht zu übersehen, daß, in deutlichem Gegensatz zur "stationären" Industrie, die baugewerblichen Produktionsstätten beweglich sind. Es ist sicher kein Wandergewerbe mehr (wandernde Zimmerergesellen sind seltene Ausnahme), aber immer noch dem jahreszeitlichen Rhythmus von Wind und Wetter stärker ausgesetzt als z. B. die Industrie. Vielleicht trifft die Bezeichnung "fahrbare Industrie" für das moderne Baugewerbe am besten den Sachverhalt.

Alles in allem wird man sagen können, daß wirtschaftliche Wechsellagen das Baugewerbe vor größere Probleme stellen als andere Wirtschaftsbereiche, auch wenn eine mehr als ein Jahrzehnt anhaltende exzessive Baukonjunktur diese Probleme weithin überdeckte. Sie stellen sich mit der ersten ernsthaften Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erneut, wie die heftigen Reaktionen auf dem Bausektor seit etwa einem Jahr erkennen lassen. Damit sollte der Rahmen, in dem das Baugewerbe sich bewegt, abgesteckt und einige seiner wesentlichen Beziehungen zur Umwelt herausgestellt sein. Die weiteren Darlegungen werden sich in der Hauptsache auf das Bau-

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Bauhauptgewerbe

- Ergebnisse der Totalerhebungen 1950 bis 1967 -



hauptgewerbe beschränken, wozu der Hoch- und Tiefbau, der Spezialbau (Schornsteinbau, Brunnenbau, Dämmung, Abdichtung, Abbruch), das Stukkateurgewerbe, die Zimmereien und die Dachdecker gehören. Das Zahlenmaterial kommt hauptsächlich aus der monatlichen Bauberichterstattung und den jährlichen Totalerhebungen.

Für die Wahl des Zeitraumes 1950 bis 1967 war neben der bereits angesprochenen Konjunkturlage auch noch maßgebend, daß mit dem Ende des Jahres 1967 das etwa 50 Jahre alte kumulative Umsatzsteuersystem durch ein moderneres System der Mehrwertbesteuerung abgelöst wird. Diese Umstellung bedeutet nach übereinstimmender Auffassung eine Zäsur im Wirtschaftsleben, die etwa mit derjenigen der Währungsreform von 1948 verglichen werden kann.

Die hervortretenden Entwicklungslinien dieses Zeitraumes sind:

1. Rückläufige Betriebszahl (- 26%) bewirkt Trend zu größeren Wirtschaftseinheiten.
2. Nahezu kontinuierlicher Beschäftigtenzuwachs um etwa 50% von 1950/1952 bis 1963 bei überdurchschnittlichem Zuwachs der Angestellten. Mehr Facharbeiter und Spezialisten (Kranführer).
3. Explosionsartige Umsatzentwicklung; in den ersten zehn Jahren (1950 - 1960) vervierfacht, weitere Steigerung um 70% bis 1967.
4. Nachgeholte Industrialisierung; sinkender Einsatz des Faktors Arbeitskraft, vermehrter Kapitaleinsatz. Beispielhaft dafür ist die Verwendung von Transportbeton.
Indikatorgeräte: Betonmischer (Bestand vervierfacht), Bagger (verzwanzigfacht!).

Die nachstehende Übersicht zeigt für 1950 bis 1965 von Jahrfünft zu Jahrfünft und dann von Jahr zu Jahr die Veränderungen des Betriebsbestandes, der Beschäftigtenzahl und des Umsatzes.

	Betriebe ¹ Insgesamt	Meß- ziffer	Beschäftigte ¹ Insgesamt	Meß- ziffer	Umsatz Mill. DM	Meß- ziffer
1950	3 347	100	46 825	100	270	100
1955	2 774	83	58 547	125	+ 541	200
1960	2 485	74	63 935	137	1 060	392
1965	2 492	74	70 015	150	1 734	641
1966	2 472	74	68 410	146	1 811	670
1967	2 480	74	61 711	132	s 1 800	s 666

1) Die Angaben kommen aus den sogenannten Totalerhebungen im Bauhauptgewerbe und beziehen sich bis einschl. 1962 auf den Stand Ende Juli, dann Ende Juni des jeweiligen Berichtsjahres

Im Bundesgebiet ist die Entwicklung ähnlich verlaufen. Eine Abweichung ergibt sich aller-

dings in der Veränderung des Betriebsbestandes, der in Schleswig-Holstein seit 1960 auf etwa gleichem Niveau verharret, während er im Bundesgebiet von 1960 bis 1965 leicht angestiegen ist. Seitdem hat er auch im Bund nicht mehr zugenommen.

Betriebe

In der monatlichen Bauberichterstattung und den jährlichen Totalerhebungen ist der Baubetrieb und nicht das baugewerbliche Unternehmen Erhebungseinheit. Die im Bauhauptgewerbe nicht selten anzutreffenden Arbeitsgemeinschaften werden ebenfalls als Betriebe angesehen und voll in die Berichterstattung einbezogen. Zweigniederlassungen von Bauunternehmen gelten als Betrieb, während Baustellen im allgemeinen nicht selbständig berichten. Der Baubetrieb arbeitet häufig gleichzeitig auf mehreren Baustellen. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle handelt es sich im Bauhauptgewerbe um Einbetriebsunternehmen, d. h. Unternehmen und Betrieb sind identisch oder anders ausgedrückt, das Unternehmen besteht aus nur einem Betrieb. Mehrbetriebsunternehmen bestehen dagegen aus mindestens zwei Betrieben, wobei ein Betrieb auch nicht baugewerblich sein kann (z. B. Ziegelei, Sägewerk).

Im Jahre 1950 hatte der durchschnittliche Baubetrieb in Schleswig-Holstein 14 Beschäftigte (Inhaber, Angestellte, Lehrlinge mitgerechnet). In dem anschließenden Jahrfünft bis 1955 vergrößerte er sich auf etwas mehr als 21 Beschäftigte. Die nächsten fünf Jahre bis 1960 brachten eine Vergrößerung auf nicht ganz 26 Beschäftigte. Dann verlangsamte sich die Vergrößerung des Durchschnittsbetriebes; 1963 hatte er über 28 Beschäftigte (genau 28,5), damit war auch der bisherige Höchststand erreicht. Nach 1965 kehrt sich nämlich die Entwicklung um; der durchschnittliche Betrieb hat schon 1966 wieder weniger als 28 Beschäftigte und 1967 sind es nur noch 25 und damit sogar etwas weniger als 1960. Im Bund ist 1950 der Durchschnittsbetrieb mit 14,9 Beschäftigten noch geringfügig größer als in Schleswig-Holstein, steigt dann auch an, bleibt aber ab 1958 erkennbar kleiner als in Schleswig-Holstein, und zwar um etwa 2 bis 3 Beschäftigte.

Die Ursache für den durchschnittlich größeren Baubetrieb in Schleswig-Holstein kann aus den Daten der Bauberichterstattung nicht hinreichend erklärt werden. Es könnte mit der besonderen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur des Landes zusammenhängen; bekannt ist der relativ geringere Industrialisierungsgrad in Schleswig-Holstein (75 Industriebeschäftigte¹,

1) nach der Totalerhebung vom 30. 9. 1966

im Bund 143 je 1 000 Einwohner). Aus der (seit 1966) rückläufigen Betriebsgröße darf allerdings noch nicht auf eine Tendenzumkehr geschlossen werden, da mögliche Strukturänderungen mit einer konjunkturellen Abschwächungsphase zeitlich zusammenfallen. Auf der anderen Seite ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Zahl der Beschäftigten nicht mehr schlechthin das Kriterium für die Größe des Betriebes darstellt. Besonders dann nicht, wenn hinter dieser "Größe" in Wirklichkeit die Vorstellung von der möglichen Bauleistung steht. Menschenleere, aber gerätevolle Großbaustellen im Kanalbau oder im Straßenbau stehen beispielhaft dafür.

Ein differenzierteres Bild entsteht, wenn man die Betriebe nach der Zahl ihrer Beschäftigten gruppiert. 1950 hatten mehr als die Hälfte aller schleswig-holsteinischen Baubetriebe bis zu 4 Beschäftigte, nach 17 Jahren - also 1967 - ist der Anteil dieser Größenklasse auf weniger als ein Viertel zurückgegangen; besonders drastisch ist die Schrumpfung des Anteils der Einmannbetriebe, und zwar von 24,2% im Jahre 1950 auf 7,3% Ende Juli 1967. Der Anteil an der Beschäftigtenzahl sank bei den Betrieben bis zu 4 Beschäftigten im gleichen Zeitraum von 7% auf

2,1%; bei den Einmannbetrieben allein von 1,7% auf 0,3%. Von der Beschäftigtenzahl her haben alle kleineren Betriebe (das sind hier solche mit 1 bis 19 Beschäftigten) seit 1950 verloren; ihr Anteil ging von fast 30% im Jahre 1950 auf etwas mehr als 17% Ende Juli 1965 zurück. Die Konjunkturabschwächung ließ ihn 1967 dann wieder auf beinahe 21% ansteigen. Die größeren Baubetriebe haben dementsprechend ihren Beschäftigtenanteil von gut 70% im Jahre 1950 auf fast 83% im Jahre 1965 vergrößern können.

Wenn man die Beschäftigtenzahl als Maßstab anerkennen will, dann hat die Konjunkturschwäche 1966/67 die größeren Baubetriebe wohl etwas stärker getroffen als die kleineren; der Beschäftigtenanteil der größeren Betriebe ging nämlich 1967 auf weniger als 80% zurück. Das wird besonders deutlich an dem Rückgang bei den großen Baubetrieben (200 und mehr Beschäftigte), deren Anzahl von 1965 bis 1967 sich um ein Drittel reduzierte. Ihr Beschäftigtenanteil verminderte sich in der gleichen kurzen Zeit von 15,3% auf 10,4% und war damit niedriger als 1950. Weitere Einzelheiten über die Verteilung von Betrieben und Beschäftigten enthält die nachfolgende Tabelle.

Betriebe und Beschäftigte im Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein 1950 - 1967

nach den Totalerhebungen im Bauhauptgewerbe, bis 1962 Stand Ende Juli, danach Ende Juni

Jahr	Betriebe	davon (in Betrieben) mit ... Beschäftigten							
	Beschäftigte	1	2 - 4	5 - 9	10 - 19	20 - 49	50 - 99	100 - 199	200 und mehr
		Betriebe							
1950	3 347	811	907	632	456	325	142	58	16
	100	24,2	27,1	18,9	13,6	9,7	4,2	1,7	0,5
1955	2 774	486	609	520	463	381	182	105	28
	100	17,5	22,0	18,7	16,7	13,7	6,6	3,8	1,0
1960	2 485	281	442	483	482	434	229	102	32
	100	11,3	17,8	19,4	19,4	17,5	9,2	4,1	1,3
1965	2 492	206	369	512	531	490	239	109	36
	100	8,3	14,8	20,5	21,3	19,7	9,6	4,4	1,4
1966	2 472	192	388	509	537	461	236	117	32
	100	7,8	15,7	20,6	21,7	18,6	9,5	4,7	1,3
1967	2 480	182	384	537	569	459	231	94	24
	100	7,3	15,5	21,7	22,9	18,5	9,3	3,8	1,0
		Beschäftigte							
1950	46 825	811	2 490	4 189	6 219	9 920	10 084	7 918	5 194
	100	1,7	5,3	8,9	13,3	21,2	21,5	16,9	11,1
1955	58 547	486	1 745	3 516	6 250	12 056	12 223	14 249	8 022
	100	0,8	3,0	6,0	10,7	20,6	20,9	24,3	13,7
1960	63 935	281	1 286	3 307	6 573	13 639	15 804	13 510	9 535
	100	0,4	2,0	5,2	10,3	21,3	24,7	21,1	14,9
1965	70 015	206	1 116	3 478	7 315	15 266	17 052	14 843	10 739
	100	0,3	1,6	5,0	10,4	21,8	24,4	21,2	15,3
1966	68 410	192	1 181	3 518	7 449	14 503	16 548	15 731	9 288
	100	0,3	1,7	5,1	10,9	21,2	24,2	23,0	13,6
1967	61 711	182	1 138	3 687	7 808	14 382	15 883	12 211	6 420
	100	0,3	1,8	6,0	12,7	23,3	25,7	19,8	10,4

Die Verteilung der Betriebe und Beschäftigten auf die Größenklassen in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet stimmt in der Grundverteilung und in den großen Veränderungen seit 1950 weitgehend überein. Die kleineren Betriebe mit bis zu 19 Beschäftigten haben auch im Bundesgebiet am stärksten abgenommen; ihr Beschäftigtenanteil verringerte sich von über 30% im Jahre 1950 auf knapp 20% im Jahre 1965; ihr Anteil am Betriebsbestand ging im gleichen Zeitraum von 84% auf 72% zurück. Auf einen Unterschied, der den größeren Durchschnittsbetrieb in Schleswig-Holstein bestätigt, ist allerdings hinzuweisen: Betriebe in den Beschäftigtengrößenklassen 20 - 199 Beschäftigte sind in Schleswig-Holstein häufiger vorhanden als im Bundesgebiet.

Beschäftigte

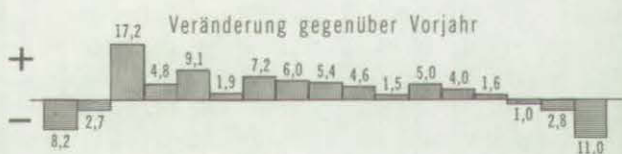
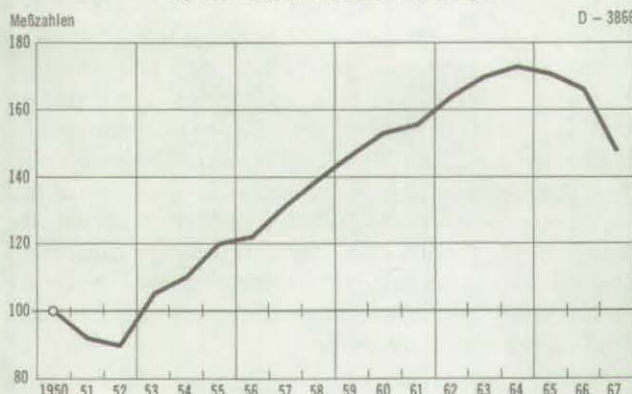
Im Bauhauptgewerbe des Landes fanden Ende Juni letzten Jahres rund 61 700 Personen einen Arbeitsplatz. Unter ihnen gab es über 2 800 Inhaber und Mithelfende, die man zur Gruppe der "Selbständigen" rechnet. Die Unternehmer machen also nur knapp 5 % aller Beschäftigten aus. Die Zahl der Unternehmer ist außerdem seit 1950 von allen Gruppen am kräftigsten, und zwar um rund 1 000 oder 28% zurückgegangen, während die Zahl der abhängig Beschäftigten um mehr als 15 000 oder 36% anstieg. Die Beschäftigtenzunahme läuft im großen und ganzen mit derjenigen in der Industrie parallel, allerdings hat die Industrie (einschl. industrieller Kleinbetriebe) nahezu dreimal soviel Beschäftigte wie das Bauhauptgewerbe. Wenn auch die Beschäftigtenzahlen zwischen 1952 und 1964 von Jahr zu Jahr stetig gestiegen sind, so gibt es doch einige Unterschiede im Wachstumsverlauf. Für diese Betrachtung ist der durchschnittliche Beschäftigtenstand eines Jahres sicher besser geeignet als der streng auf einen Zeitpunkt fixierte Beschäftigtenstand der Totalerhebungen, zumal bei den Totalerhebungen infolge Verlegung des Stichtages von Ende Juli auf Ende Juni ab 1963 noch eine weitere Vergleichsstörung hinzukommt.

Der Startpunkt einer über mehr als ein Jahrzehnt sich erstreckenden Expansion ist das Jahr 1950. Im Bauhauptgewerbe sind knapp 40 000 Personen beschäftigt. In den beiden folgenden Jahren geht die Beschäftigtenzahl um zusammen gut ein Zehntel auf 35 600 zurück. Der aufgestaute Bedarf nach Bauleistungen und wohl auch andere günstige Umstände ließen 1950 zu einem besonders guten Baujahr werden, wie aus einem

Beschäftigtenentwicklung im Bauhauptgewerbe 1950 bis 1967

- Ergebnisse der monatlichen Bauberichterstattung -

D - 3866



seinerzeit veröffentlichten Kommentar zu den Ergebnissen der Totalerhebung 1951 hervorgeht.

Der Rückschlag ist aber 1953 bereits überwunden und bis 1955 hat die Beschäftigtenzahl auf 47 700 oder um rund ein Fünftel gegenüber 1950 zugenommen. Dann dauerte es nur noch drei Jahre bis der Bestand an Baubeschäftigten um weitere 8 000 aufgestockt ist. Die Jahre 1960 und 1961 sind durch eine deutliche Beruhigung im Wachstumstempo gekennzeichnet. Ähnlich ist der Verlauf auch von 1963 auf 1964. Von 1953 an bis 1964 - also 12 Jahre lang - ist in jedem Jahr die Zahl der Beschäftigten im Jahresmittel größer als im Vorjahr. Der Umschwung - ob nur konjunkturell oder auch zu einem Teil strukturell bedingt steht noch dahin - setzt in drei Jahren - nämlich von 1964 bis 1967 - nun 10 000 Beschäftigte frei, wobei die stärkste Einbuße mit über 7 000 Beschäftigten im letzten Jahr eingetreten ist. Das Beschäftigungsniveau des Jahres 1967 wird schätzungsweise bei 58 500 bis 59 000 Personen liegen, was nur geringfügig über dem schon 1959 erreichten Stand liegt.

Dieser Beitrag wird im nächsten Heft fortgesetzt!

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Entsprechende Darstellung für den Bund: E. v. Lucadou, "Die Entwicklung des Bauhauptgewerbes 1950 bis 1965" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 19 (Januar)

Kartoffelanbau und -ernten

Kartoffelanbau gibt es in Deutschland seit etwa zwei Jahrhunderten in größerem Umfang. Allerdings erst Mitte des 19. Jahrhunderts erreichte die Kartoffel eine der heutigen vergleichbaren Stellung. "Die Kartoffel wurde zum erfolgreichsten Überwinder der Brache, der Hungersnöte und des Skorbuts."¹

In der Bundesrepublik wurden 1967 gut 700 000 ha Kartoffeln angebaut, das sind zwar 100 000 ha weniger als der Haferanbau, aber immerhin fast das Doppelte der Anbaufläche an Sommergetreide, mehr als das Doppelte der Zuckerrübenanbaufläche und das 15fache der Rapsanbaufläche.

Die weite Verbreitung der Kartoffel, nicht nur über das Bundesgebiet, sondern über die ganze Erde - die Kartoffel ist heute in jedem Kontinent zu finden - ist Folge relativ geringer Ansprüche an Bodenqualität und Klima. In Deutschland findet die Kartoffel beispielsweise "keine absoluten Klima- und Bodengrenzen und gerade in ungünstigen Lagen (kann sie) zur völligen Herrschaft (gelangen)".² Infolge der bei einigen Sorten und durch Vorkeimung möglichen sehr kurzen Reifedauer von wenigen Wochen konnte die "Kartoffel weiter gegen den Nordpol und höher in die Gebirge (vordringen) als die Gerste, andererseits als Frühkartoffel nach Nordafrika".²

Auf der ganzen Erde wurden 1965 23,6 Mill. ha Kartoffeln angebaut und 284 Mill. t geerntet. Der Kartoffelanbau ist mit Abstand am stärksten in Europa verbreitet. In Europa einschl. der Sowjetunion wurden im Jahre 1965 über 70 % der Kartoffelanbaufläche der Erde nachgewiesen und über drei Viertel der Weltproduktion an Kartoffeln geerntet. Im Produktionsumfang steht Polen mit einer Anbaufläche von 2,8 Mill. ha und einer Ernte von 43,3 Mill. t weit an der Spitze.

Die höchsten Hektarerträge werden in Nordamerika und Westeuropa erzielt. Erträge über 200 dz/ha als Landesdurchschnitt erreichten (1965) die meisten west- und nordeuropäischen Länder außer Frankreich und Finnland und außerhalb Europas nur die USA, Neuseeland und Israel.

In den meisten westeuropäischen Ländern und in Nordamerika wurde der Kartoffelanbau während der letzten Jahre allerdings eingeschränkt. In den Entwicklungsländern dagegen, in Südamerika, Asien und Afrika werden zunehmend mehr Kartoffeln angebaut, was in Anbetracht des dort herrschenden Mangels an Nahrungs-

mitteln sinnvoll erscheint, soweit Boden und Klima ausreichende Kartoffelerträge ermöglichen.

Unter den heutigen Wirtschaftsbedingungen stellt der Kartoffelbau in der Bundesrepublik und allen westeuropäischen Ländern einen arbeits- und kapitalintensiven und damit ertrags- und preiseempfindlichen Betriebszweig dar. "Er ist derjenige Betriebszweig, der während der letzten Jahre unter der sinkenden Rentabilität der arbeitsintensiven Kulturen am stärksten an Anbauwürdigkeit eingebüßt hat."³ Durch die wirtschaftliche und technische Entwicklung haben nicht nur die Mähdruschfrüchte wie Getreide und Raps, sondern auch der Zuckerrübenanbau und einige Feldgemüsearten an Wettbewerbskraft gegenüber der Kartoffel gewonnen. Die Rationalisierung der Erzeugung stößt besonders bei der Ernte der Kartoffeln und bei der weiteren Bearbeitung auf große technische Schwierigkeiten. Darüber hinaus führten die Marktverhältnisse aufgrund sinkender und unelastischer Nachfrage in den letzten Jahren zusammen mit schwankenden Kartoffelerträgen zu sehr großen Preisschwankungen. Die durchschnittlichen Ab-Hof-Preise für gelbfleischige festkochende Speisekartoffeln schwankten in Schleswig-Holstein von 1962 bis 1966 zwischen knapp 19 und 11 DM/dz. Berücksichtigt man die jahreszeitlichen Schwankungen, so sind die Preisunterschiede, wie sie sich dem Erzeuger darbieten, noch größer. Im September 1967 wurden in Schleswig-Holstein durchschnittlich nur 9,50 DM/dz erlöst. - Hinzukommen hohe, besonders in Überschußjahren steigende Qualitätsanforderungen, die zu höheren Bearbeitungskosten und steigenden Sortierabfällen führen.

Nicht nur der menschliche Verzehr ist seit Jahren rückläufig, sondern auch die Verfütterung von Kartoffeln an die Schweine nimmt ab, da sie mit mehr Handarbeit belastet und schwieriger mechanisierbar ist als die Getreideverfütterung.

Zusammen genommen führten die genannten Entwicklungen zu einem stetigen Rückgang des Kartoffelanbaues während des letzten Jahrzehnts. Wurden im Durchschnitt der Jahre 1935/38 im Gebiet der heutigen Bundesrepublik noch fast 1,19 Mill. ha⁴ Kartoffeln angebaut und im Durchschnitt der Jahre 1950/55 noch knapp 1,15 Mill. ha, so waren es im Durchschnitt der Jahre 1960/65 noch knapp 924 000 ha. Auch in den letzten Jahren schrumpfte die Kartoffelanbaufläche weiter auf 732 000 ha im Vorjahr und 707 000 ha 1967.

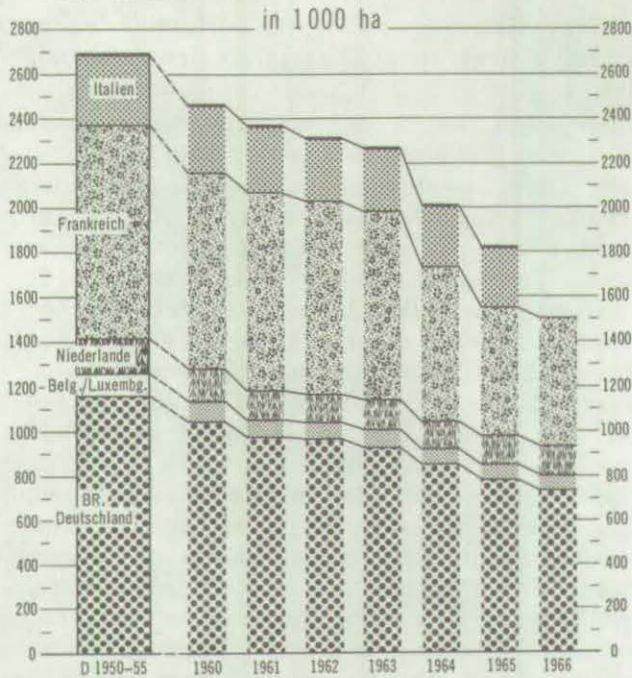
1) Klapp, E., Lehrbuch des Acker- und Pflanzenbaues, 5. Auflage, Hamburg 1958, S. 388

2) Klapp, a.a.O., S. 387

3) Blohm, G., Die Neuorientierung der Landwirtschaft, Stuttgart 1963, S. 77

4) ohne Berlin

D - 3858

Der Kartoffelanbau¹ in den Ländern der EWG

1) Hauptanbau, Nebenanbau von Kartoffeln in der EWG insgesamt:
1964 = ca. 96 000 ha, 1965 = ca. 91 000 ha

Dieser stark rückläufige Trend ist nicht nur in der Bundesrepublik - und in Schleswig-Holstein, wie noch näher beschrieben wird - zu beobachten, sondern auch in den übrigen Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Von 1961 bis 1966 nahm der Anbau in den Ländern der Gemeinschaft insgesamt von 2,4 Mill. ha auf ca. 1,7 - 1,8 Mill. ha ab. Am stärksten war der Rückgang in Frankreich, während in Italien und den Niederlanden der Kartoffelanbau im Verlauf der letzten 6 Jahre nur wenig eingeschränkt wurde.

Dabei hat der Anbau von Frühkartoffeln langfristig zwar in allen Ländern abgenommen, seit 1960 aber nur noch in der Bundesrepublik in stärkerem Umfang, in Frankreich und den Benelux-Ländern nur noch schwach und in Italien nicht mehr.

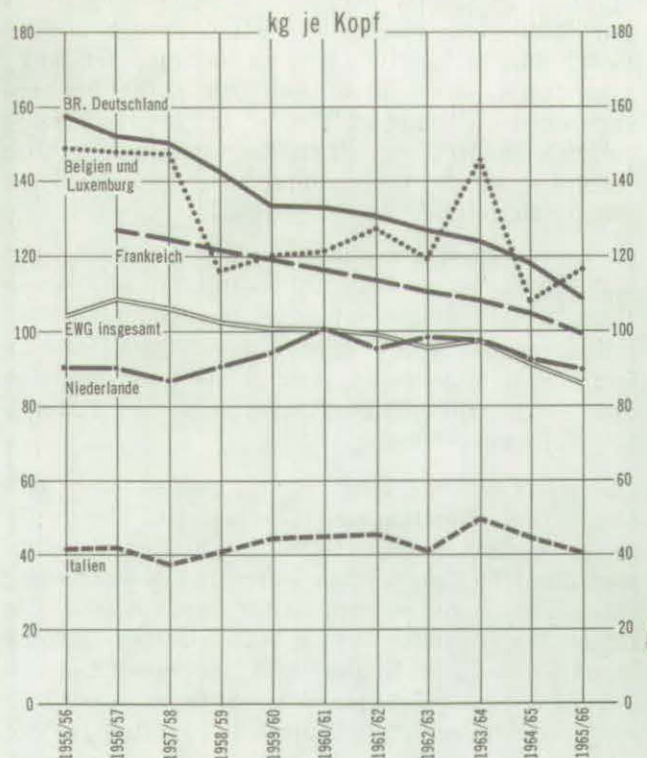
Der Anbau mittelfrüher und später Sorten wurde dagegen auch seit 1960 noch weiter stark eingeschränkt, wobei auch hier in Italien und in den Niederlanden die Entwicklung am schwächsten verlief.

Im wesentlichen gleicht die Entwicklung des Anbaus der Entwicklung des Verbrauchs.

Wie das Schaubild zeigt, hat der pro-Kopf-Verbrauch an Kartoffeln im Durchschnitt aller EWG-Länder im Verlauf von elf Jahren von 104 kg auf 86 kg um 17 % abgenommen. In den Ländern Deutschland und Frankreich mit höherem pro-Kopf-Verzehr ist der Rückgang noch stärker, in den Niederlanden dagegen stieg der

D - 3859

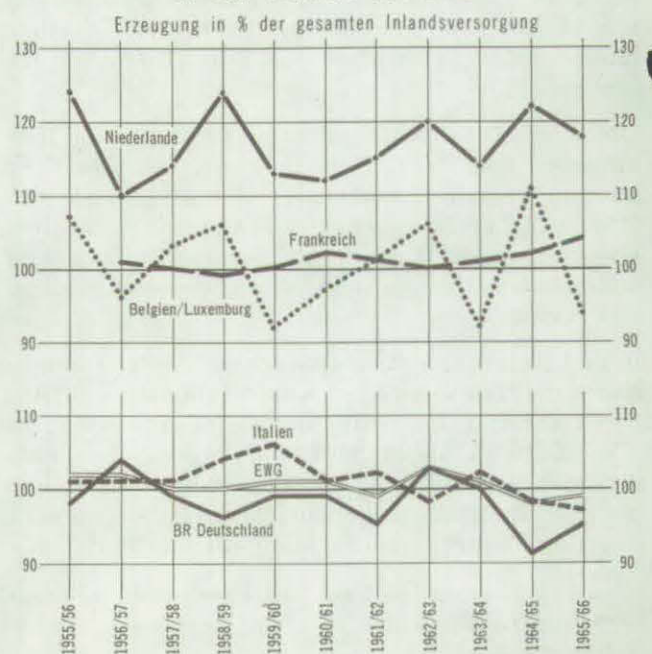
Kartoffelverbrauch in den Ländern der EWG



pro-Kopf-Verzehr bis 1960/61 noch leicht an und ging erst während der letzten beiden Jahre wieder stärker zurück. Leicht steigend war der pro-Kopf-Verzehr an Kartoffeln in Italien bis 1964/65, wenngleich dort immer noch nur ein Drittel des bundesdeutschen pro-Kopf-Verzehrs erreicht wurde.

D - 3860

Grad der Selbstversorgung bei Kartoffeln in den Ländern der EWG



In der EWG als Gesamtheit waren in den letzten Jahren Erzeugung und Verbrauch an Kartoffeln - Verfütterung eingerechnet - etwa ausgeglichen. In den zurückliegenden zehn Jahren traten nur geringe Ausfuhrüberschüsse auf. Innerhalb der EWG ist langfristig nur die Bundesrepublik Importland für Kartoffeln, Exportländer sind die Niederlande und Frankreich. Italien hatte bis 1961/62 und dann noch einmal 1963/64 Exportüberschüsse, 1962/63, 1964/65 und 1965/66 dagegen Einfuhrüberschüsse an Kartoffeln.

Kartoffelanbaufläche			
Zeitraum	Bundesgebiet 1 000 ha	darunter Schleswig-Holstein	
		1 000 ha	%
D 1935 - 38 ¹	1 187	.	.
D 1950 - 55 ²	1 148	61	5,3
D 1960 - 65	924	29	3,2
1966	732	19	2,6
1967	707	18	2,5

1) Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland ohne Berlin
2) ohne Berlin und Saarland

Der Anteil Schleswig-Holsteins am Kartoffelanbau des Bundesgebietes war schon immer geringer als dem Nutzflächen- oder Ackerflächenanteil entsprochen hätte. Außerdem ist der Kartoffelanbau in Schleswig-Holstein wesentlich stärker eingeschränkt worden als in anderen Bundesländern.

Während in Schleswig-Holstein die Kartoffelanbaufläche seit 1950 auf weniger als ein Viertel (- 76 %) reduziert wurde, schränkten die niedersächsischen Bauern die Kartoffelfläche nicht einmal um die Hälfte ein, gleich-

Kartoffelanbau 1967				
Land	Fläche 1 000 ha	Veränderung 1950 - 1967 in %	Anteil an der Gesamt- fläche des Bundes in %	Anteil an der Ackerfläche % AF
Schleswig-Holstein	17,6	- 76	2,5	2,7
Hamburg	0,4	- 77	0,1	4,0
Niedersachsen	150,7	- 46	21,3	10,0
Bremen	0,2	- 78	0,0	9,4
Nordrhein-Westfalen	67,9	- 60	9,6	6,3
Hessen	58,4	- 44	8,3	9,9
Rheinland-Pfalz	54,5	- 40	7,7	9,6
Baden-Württemberg	97,0	- 20	13,7	9,8
Bayern	251,7	- 17	35,6	12,0
Saarland	8,2	.	1,2	10,8
Berlin (West)	0,3	.	0,0	12,6
Bundesgebiet	706,9	- 39 ^a	100	9,3

a) ohne Berlin und Saarland
Quelle: Statistisches Bundesamt

zeitig war der Kartoffelanbau in Baden-Württemberg nur um ein Fünftel, in Bayern sogar nur um 17 % an Fläche rückläufig.

Die schwächere Reaktion der baden-württembergischen und bayerischen Kartoffelanbauer auf den Wandel der ökonomischen Voraussetzungen dürfte vor allem in dem hohen Anteil von Kleinbetrieben begründet sein. Die Kleinbetriebe können einmal nicht die modernen technischen Hilfsmittel zur Rationalisierung der Feldwirtschaft ausnutzen, die bei größeren Betrieben zu sinkender relativer Vorzüglichkeit des Kartoffelanbaus gegenüber dem Getreide-, Ölfrucht- und Zuckerrübenanbau führten. Zum andern sind die Kleinbetriebe nicht in gleichem Maße bestrebt und in der Lage, die Schweinemast zu rationalisieren, also von der Kartoffelmast zur reinen Getreidemast überzugehen. Auch tritt der Mehraufwand für den Kartoffelanbau in den Kleinbetrieben weniger als Kostenfaktor auf, sondern führt vielmehr zu längeren Arbeitszeiten der Familienarbeitskräfte. Für ausfallende Arbeiten wären in vielen Betrieben nicht einmal produktive andere Arbeiten vorhanden, so daß sich eine Einschränkung des Kartoffelanbaus, so weit nicht ersatzweise andere Intensivfrüchte angebaut werden können, für die Kleinbetriebe in einem sinkenden Familieneinkommen niederschlagen müßte.

Da in den süddeutschen Ländern der Kartoffelanbau langfristig und auch im letzten Jahr nur relativ wenig eingeschränkt wurde, verblieb auch 1967 noch eine Anbaufläche von 707 000 ha im Bundesgebiet, nur 3 % weniger als 1966, die zusammen mit Rekorderträgen in allen Bundesländern zu einer Steigerung der gesamten Erntemenge um 13 % im Bundesgebiet geführt hat. Es wurden 1967 noch über 21 Mill. t Kartoffeln im Bundesgebiet geerntet, etwa die gleiche Menge wie im Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre.

Kartoffelerträge in Bund und Ländern					
Land	Ertrag			Veränderung 1967 gegenüber	
	D 1961-66	1966	1967	D 1961-66	1966
dz/ha					
%					
Schleswig-Holstein	253,0	243,0	292,4	+ 15,6	+ 20,3
Niedersachsen und Bremen	267,1	277,2	323,8	+ 21,2	+ 16,8
Nordrhein-Westfalen	258,4	263,4	310,8	+ 20,3	+ 18,0
Hessen	246,2	256,1	298,6	+ 21,3	+ 16,6
Rheinland-Pfalz	241,0	257,1	298,6	+ 23,4	+ 16,1
Baden-Württemberg	238,4	260,7	298,5	+ 25,2	+ 14,5
Bayern	238,7	243,9	288,3	+ 20,8	+ 18,2
Saarland	220,4	233,6	295,5	+ 34,1	+ 26,5
Berlin (West)	191,5	200,1	200,8	+ 4,9	+ 0,3
Bundesgebiet	248,5	257,3	301,2	+ 21,2	+ 17,1

Da auch in unseren Nachbarländern hohe Kartoffelernten anfielen, mußten die Erzeuger außerordentlich starke Preiseinbußen hinnehmen. Ende Oktober - Anfang November lagen die Erzeugerpreise für 50 kg Kartoffeln frei Waggon je nach Region für festkochende Sorten zwischen 3 und 4 DM; das ist etwa halb soviel wie im Durchschnitt der drei Vorjahre.

So wie in den Ländern innerhalb der Bundesrepublik ist auch innerhalb Schleswig-Holsteins die Entwicklung regional unterschiedlich verlaufen.

Von 1951 bis 1967 ging der Kartoffelanbau in der Marsch um 91 % auf einen unbedeutenden Rest von gut 100 ha zurück. Gleichzeitig nahm die Kartoffelanbaufläche im Hügelland um 80 % und auf der Hohen Geest um 72 % ab, während auf der Vorgeest die Anbaufläche nur um 58 % eingeschränkt wurde.

Aus dem Schaubild werden die Verschiebungen der Anteile der Naturräume und der absolute Umfang des Kartoffelanbaus in den Naturräumen deutlich, wobei der Anteil der Naturräume an der gesamten Ackerfläche des Landes für die Beurteilung dieser Zahlen mit berücksichtigt werden muß.

Die Verbreitung des Kartoffelbaus ist auch innerhalb der vier Hauptnaturräume noch sehr unterschiedlich. Innerhalb der Vorgeest, auf der die Kartoffel 1965 durchschnittlich 5,8 % der Ackerfläche einnahm, reicht dieser Anteil von 3,1 % AF auf der Schleswiger Vorgeest, 7,4 % AF auf der Holsteinischen Vorgeest bis zu 16,9 % AF (der höchste Anteil in Schleswig-Holstein 1965) in den "südmecklenburgischen Niederungen", die mit zur Vorgeest gezählt

werden. Innerhalb der Hohen Geest mit durchschnittlich 4,2 % AF Kartoffeln steht die Verbreitung des Kartoffelanbaus im Hamburger Ring und auf der Lauenburger Geest mit gut 6 % AF an der Spitze, während auf der Lecker Geest andererseits nur 1,4 % der Ackerfläche mit Kartoffeln bestellt wurden. Im Hügelland war die Kartoffel 1965 durchschnittlich mit 1,8 % AF verbreitet. In Angeln und Nordoldenburg/Fehmarn sind kaum noch Kartoffeln zu finden (0,7 und 0,5 % AF), im westmecklenburgischen Seen-Hügelland ist dagegen der Kartoffelanteil mit 4,1 % AF noch nicht ganz unbedeutend. In der Marsch letztlich werden noch ganze 0,2 % des Ackerlandes mit Kartoffeln bestellt.

Die rückläufige Tendenz im Kartoffelanbau ergibt sich im wesentlichen aus zwei Entwicklungen:

1. Rückgang der Zahl der Betriebe mit Kartoffelanbau
2. Sinkende durchschnittliche Anbaufläche je kartoffelanbauenden Betrieb,

wobei der erstgenannten Entwicklung etwa doppelt soviel Gewicht zuzuschreiben ist wie der zweitgenannten. Von 1949 bis 1967 ging die Zahl der Betriebe mit Kartoffelanbau in Schleswig-Holstein von knapp 55 000 auf weniger als 22 000 um 60 % zurück. Die durchschnittliche Größe der Kartoffelfläche je Betrieb sank gleichzeitig von 1,3 ha auf unter 0,9 ha um ein Drittel. Der Kartoffelanbau ist danach einer der wenigen Betriebszweige, in dem bisher nicht wie in anderen die Produktion durch Aufstockung der betrieblichen Produktionseinheiten rationalisiert werden konnte. Dafür dürften vor allem zwei bereits erwähnte Gründe verantwortlich sein: die unsichere Marktlage infolge sinkender und unelastischer Nachfrage und die bisher unzureichende Mechanisierbarkeit.

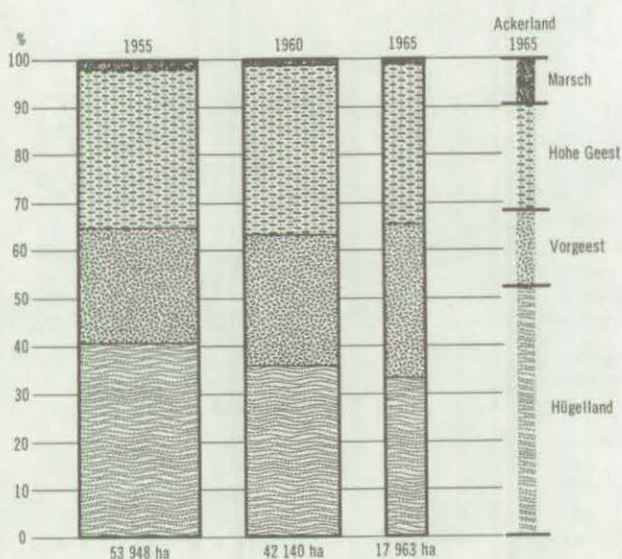
Während 1949 noch 92 % aller Betriebe mit Ackerland Kartoffeln anbauten, waren es 1960 nur noch 80 % und 1967 nur noch knapp die Hälfte.

Aus der folgenden Übersicht geht hervor, daß 1949 die Verbreitung des Kartoffelanbaus fortlaufend mit steigender Betriebsgröße zunahm. 1960 war dieses Prinzip bereits ab 20 ha LN durchbrochen. Die Großbetriebe mit Ackerland bauten allerdings auch 1960 noch zu 88 % Kartoffeln an - zu einem Großteil wohl allein um die Deputatansprüche der Arbeiter und den Haushaltsbedarf des eigenen Betriebes zu decken. 1960 hatte von den Großbetrieben bereits ein Viertel weniger als 2 ha Kartoffeln.

Aus der letzten Spalte der folgenden Übersicht geht weiterhin hervor, daß auch im Kartoffelanbau - ähnlich wie bei anderen Feld-

D - 3861

Der Kartoffelanbau in den Naturräumen Schleswig-Holsteins



Betriebe mit Kartoffelanbau nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Größenklasse nach der LN in ha	1949		1960		
	Betriebe mit Kartoffel-Anbau in % aller Betriebe mit Ackerland	Kartoffelanbaufläche in ha	Betriebe mit Kartoffel-Anbau in % aller Betriebe mit Ackerland ¹	Kartoffelanbaufläche	
				in ha	in % des Ackerlandes der Betriebe mit Kartoffel-Anbau
bis unter 5	86	3 266	72	1 153	14
5 bis unter 10	94	3 790	79	1 610	9
10 bis unter 20	95	12 777	84	6 978	7
20 bis unter 50	95	30 128	80	19 389	7
50 bis unter 100	97	10 849	80	7 134	7
100 und mehr	99	10 417	88	4 957	6
Insgesamt	92	71 227	80	(41 221) ^a	7

1) ab 2 ha Betriebsfläche a) unberichtigtes Ergebnis
Quellen: LBZ 1949 und Sonderaufbereitung der LZ 1960

früchten⁵ - die Spezialisierung notwendigerweise um so ausgeprägter wird, je kleiner der Betrieb wird. Mit anderen Worten: Ein Kleinbetrieb muß, um mindestens eine teilweise Mechanisierung erreichen zu können, eine Mindestschlaggröße anstreben. Da seine Ackerfläche insgesamt aber begrenzt ist, wird der Anteil, den die Kartoffeln von seiner Ackerfläche einnehmen, zumeist höher sein als in größeren Betrieben.

Weitere Einblicke in die Struktur des Kartoffelanbaus lassen die Ergebnisse einer Sonderauswertung der Landwirtschaftszählung 1960 zu (nachstehende Übersicht). Von den gut 36 000 schleswig-holsteinischen Betrieben mit Kartoffelanbau bauten 15 500 Betriebe (43 %) weniger als 0,5 ha Kartoffeln und weitere 7 900 Betriebe (22 %) nur 0,5 bis unter 1 ha Kartoffeln an. Fast zwei Drittel der kartoffelanbauenden Betriebe (mit allerdings nur knapp 1/5 der An-

baufläche Schleswig-Holsteins) erfüllen also vom Umfang ihrer Produktion her kaum die Voraussetzungen für eine sinnvolle Mechanisierung und Rationalisierung des Betriebszweiges Kartoffelbau.

Wenn man den erforderlichen Anbauumfang für den rentablen Einsatz einer betriebseigenen Vollerntemaschine mit etwa 10 ha ansetzt, erfüllten 1960 nur rund 180 Betriebe, das sind 0,5 % aller Betriebe mit Kartoffelanbau (mit 13 % der Kartoffelanbaufläche), diese Voraussetzung.

Allerdings werden gerade in der Kartoffelernte seit langem Maschinen überbetrieblich eingesetzt. Die letzten verfügbaren Zahlen über den Maschineneinsatz in den landwirtschaftlichen Betrieben stammen aus der Landwirtschaftszählung 1960.

Damals verwendeten insgesamt rd. 13 800 Betriebe einen Vorratsroder. Nur knapp 2 300

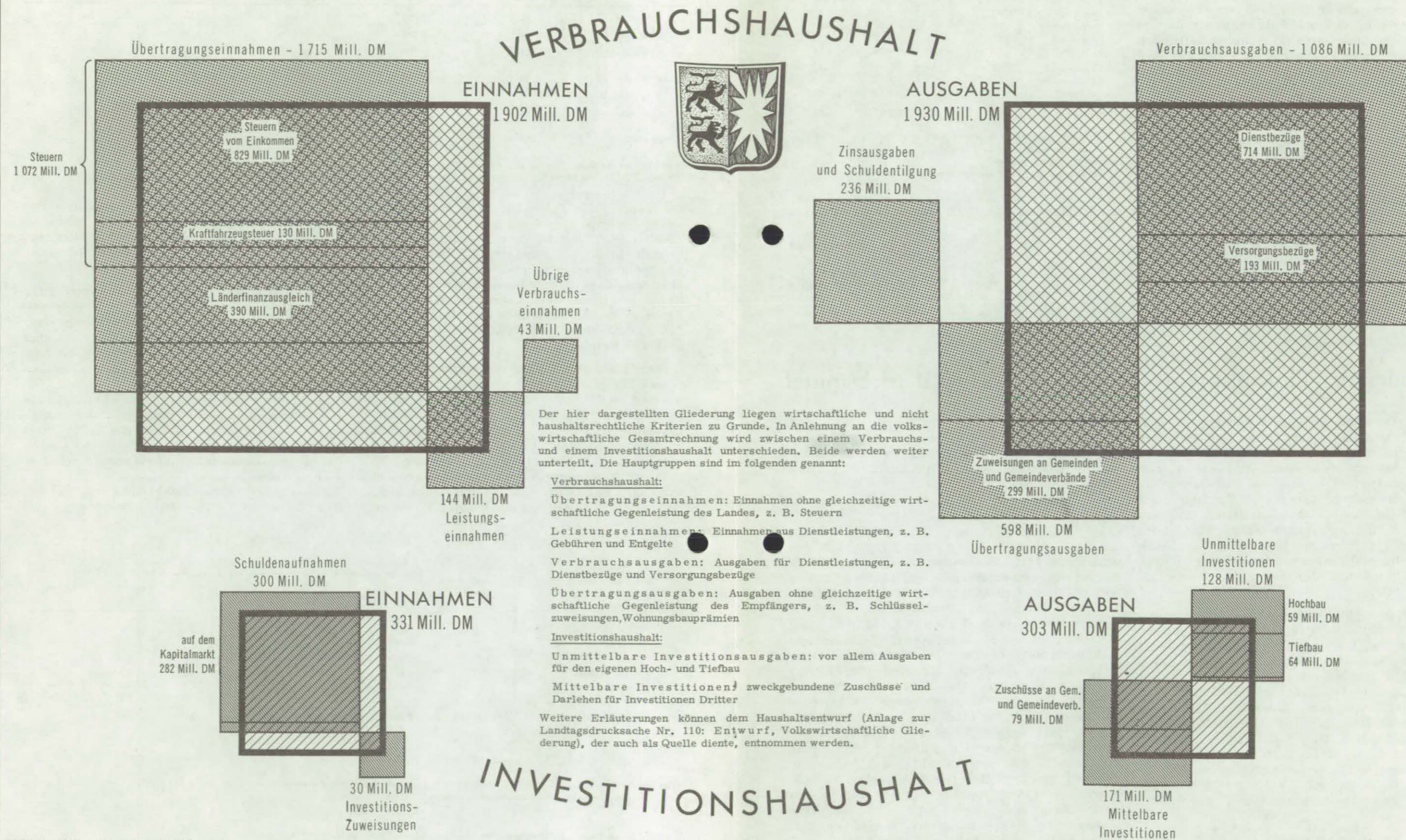
Der Umfang des Kartoffelanbaus in den Betrieben¹ 1960

Größenklasse nach der LN in ha	Betriebe mit einer Kartoffelanbaufläche von ... bis unter ... ha						
	bis 0,5	0,5 - 1	1 - 2	2 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 100
bis unter 5	4 102	485	88	14	-	-	-
5 bis unter 10	3 120	997	270	29	-	-	-
10 bis unter 20	4 595	3 076	2 209	551	7	1	-
20 bis unter 50	3 392	2 906	3 794	3 364	436	13	-
50 bis unter 100	279	402	491	745	416	92	4
100 und mehr	15	31	83	119	74	93	78 ^a
Insgesamt	15 503	7 897	6 935	4 822	933	199	82 ^a
Anbaufläche in ha							
	3 268	4 629	8 548	13 528	5 964	2 573	2 711

1) ab 2 ha Betriebsfläche a) darunter 11 Betriebe mit 50 - 100 ha Anbaufläche
Quelle: Sonderaufbereitung der Landwirtschaftszählung 1960

5) siehe "Zuckerrüben und Zuckerproduktion" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 243 ff. (November)

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GLIEDERUNG DES LANDESHAUSHALTS 1968



Betriebe hatten einen Vorratsroder im Alleinbesitz. Knapp 2 700 Betriebe verwendeten Vorratsroder im gemeinschaftlichen Besitz mit anderen Betrieben. Gut 7 500 Betriebe verwendeten Lohn- oder Genossenschaftsmaschinen und gut 1 300 den Vorratsroder eines Nachbarn.

Sammelroder verwendeten 1960 nur erst knapp 1 400 Betriebe, davon 450 Betriebe eigene und 370 Betriebe Maschinen im gemeinschaftlichen Besitz mit anderen Betrieben, während 460 Betriebe Sammelroder von Lohnunternehmen oder Genossenschaften und 110 Betriebe die Maschinen eines Nachbarn verwendeten.

Wie die Ergebnisse einer Schätzung für 1967 zeigen, hat der rückläufige Trend beim Kartoffelanbau auch in den vergangenen Jahren keineswegs zu einer Konzentration des Kartoffelanbaus geführt. Nicht nur Betriebe mit kleinem Anbaumfang, sondern auch Betriebe mit vormals beträchtlichen Anbauflächen haben sich von diesem Betriebszweig abgewandt, so daß 1967 zwar nur noch etwa 22 000 Betriebe Kartoffeln anbauten, die Anbaustruktur sich jedoch kaum gewandelt hat, wenn man von der bereits erwähnten regionalen Konzentration auf

Der Umfang des Kartoffelanbaus in den Betrieben 1967¹

Kartoffelanbaufläche je Betrieb in ha	Betriebe 1967		Kartoffelanbaufläche 1967	
	Anzahl (teilw. gerundet)	Zu- oder Abnahme seit 1960 in %	ha	Zu- oder Abnahme seit 1960 in %
bis unter 0,5	11 900	- 23	2 280	- 30
0,5 bis unter 1	4 100	- 48	2 310	- 50
1 bis unter 2	3 450	- 50	4 200	- 51
2 bis unter 5	1 770	- 63	4 790	- 65
5 bis unter 10	420	- 55	2 760	- 54
10 bis unter 20	115	- 42	1 540	- 40
20 und mehr	33	- 60	1 130	- 58
Insgesamt	21 788	- 40	(19 010) ^a	- 58 ^b

1) Schätzung aus den Unterlagen der repräsentativen Bodennutzungshaupterhebung 1967

a) unberichtigtes Ergebnis

b) Veränderung nach den Bodennutzungserhebungen 1960 und 1967

die südlichen Geestgebiete unseres Landes absieht.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Kartoffelernte 1967" in Wirtschaft und Statistik 1967, S. 637 (November)

Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Wie zu jeder anderen Produktion gehört auch zur landwirtschaftlichen Erzeugung auf der einen Seite der Einkauf von Betriebsmitteln und auf der anderen Seite der Verkauf von Fertigprodukten. Der Einkauf der Betriebsmittel verursacht Ausgaben, die von den eingekauften Mengen und Qualitäten und der Höhe der Einkaufspreise abhängen. Beim Verkauf der Fertigprodukte werden Einnahmen erzielt, die sich aus den abgesetzten Mengen und Qualitäten und der Höhe der Verkaufspreise ergeben.

Die amtliche Statistik beobachtet laufend, welchen Einfluß die Preisentwicklung auf die Ausgaben und Einnahmen der Landwirtschaft hat. Zu diesem Zweck errechnet das Statistische Bundesamt monatlich den "Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel" und den "Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte". Über den letztgenannten Index haben wir vor einigen Monaten in dieser Zeitschrift berichtet¹. Beide Indizes veröffentlicht das Statistische Bundesamt monatlich in der Fachserie M "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen", Reihe 4

1) "Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte" in Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 188 (August)

"Preise und Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft". Aus den zwölf Monatsergebnissen der Monate Juli bis Juni werden jeweils Durchschnitte für die Landwirtschaftsjahre errechnet.

Begriffsumfang

Zu den Betriebsmitteln, deren Preise von der amtlichen Statistik erfaßt und in die Indexberechnung einbezogen werden, gehören Futtermittel, Nutz- und Zuchtvieh, Saatgut, Handelsdünger, Brenn- und Treibstoffe, Pflanzenschutzmittel sowie Maschinen, Geräte und Gebäude. Bei den Maschinen, Geräten und Gebäuden werden außer den Neuanschaffungspreisen auch die Preise für die Instandhaltung erfragt. Nicht in die Preiserhebung und Indexberechnung eingeschlossen sind die Ausgaben für landwirtschaftliche Arbeitskräfte sowie die Ausgaben für Steuern und Versicherungen. Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel zeigt also nur für den wichtigsten Teil der Ausgaben für die Agrarproduktion, welchen Einfluß die Preisentwicklung hat. Man darf auch bei der Verwendung dieses Index nicht vergessen, daß er lediglich etwas über die Entwicklung der

Preise, nicht dagegen etwas über die Veränderung der eingekauften Mengen und Qualitäten aussagt. Da aber die Einkäufe der Landwirtschaft für Betriebsmittel in ihrer Höhe und Zusammensetzung nicht besonders stark schwanken, kann man davon ausgehen, daß ein Steigen des Index eine Erhöhung und umgekehrt ein Indexrückgang eine Senkung auch ihrer Ausgaben bedeutet.

Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel gibt an, wie sich die Preise aller in die Berechnung eingezogenen Betriebsmittel im Durchschnitt gegenüber ihrem Niveau im Basisjahr geändert haben. Wie jedes Durchschnittsergebnis ist dieser Index eine Fiktion, die sich auf den einzelnen Betrieb nur anwenden läßt, wenn die Ausgabenstruktur dieses Betriebes der durchschnittlichen Ausgabenstruktur entspricht. So geben Betriebe, die auf Milchwirtschaft spezialisiert sind, beispielsweise viel mehr für die Anschaffung von Futtermitteln und Kühen aus als der Durchschnitt, aber weniger für Ackermaschinen und Saatgut.

Wenn man also aktuelle Preis- und Kostenprobleme in der Landwirtschaft untersuchen will, dann sollte man nicht nur den Gesamtindex, sondern ebenfalls die passenden Gruppenindexziffern heranziehen. Auch die mit den Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft verbundenen Investitionen kann man besser beurteilen, wenn man sich statt des Gesamtindex' die speziellen Indexziffern anschaut. Falls bei der Umstrukturierung gleichzeitig der Arbeitskräfteeinsatz verändert wird, müßte man außerdem die Landarbeiterlöhne betrachten.

Preisermittlung

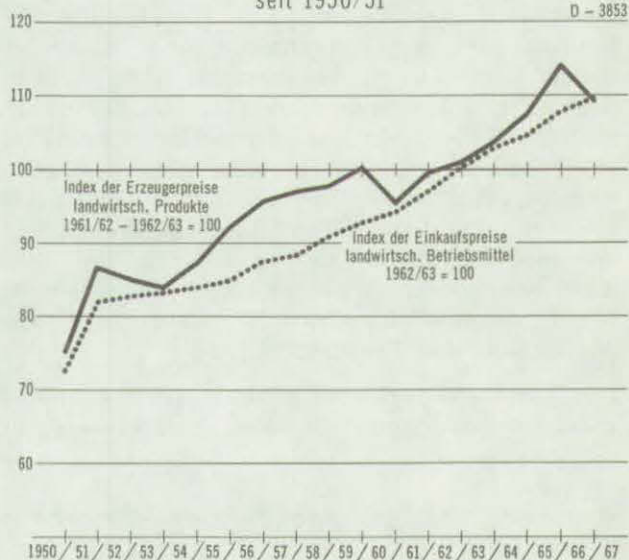
Die Statistischen Landesämter in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern erfragen monatlich die "Einkaufspreise des Landwirts" von 104 Waren und Dienstleistungen beim Landhandel, bei landwirtschaftlichen Genossenschaften und bei einschlägigen Handwerksbetrieben. Sie liefern dieses Preismaterial für die Indexberechnung an das Statistische Bundesamt. Für die Warengruppe "Unterhaltung der Gebäude" verwendet das Bundesamt die Preise für Roh- und Ausbauarbeiten sowie die Preise für bautechnische Anlagen aus dem Baupreisindex für landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Für die Gruppe "Neubauten" übernimmt es die Entwicklung des gesamten Baupreisindex für landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Bei den "allgemeinen Wirtschaftsausgaben" handelt es sich um Anschaffungen, die an der Nahtstelle zwischen Betrieb und Privathaushalt entstehen.

Um die Preisentwicklung für diesen Bereich darzustellen, werden aus der Statistik der Verbraucherpreise die betreffenden Preise für Hausrat, Körperpflege, Bildung und Unterhaltung sowie Verkehr herangezogen. - Für Schleswig-Holstein fallen bei dieser Statistik leider keine Landesergebnisse an, weil die Zahl der repräsentativ ausgewählten Preise dafür zu klein ist.

Wägungsschema

Bei der Indexberechnung wird berücksichtigt, daß der Einkauf der einzelnen Betriebsmittel die gesamten Betriebsausgaben unterschiedlich belastet, daß beispielsweise eine Verteuerung eines wichtigen Futtermittels kostenmäßig viel stärker zu Buch schlägt als die Verteuerung eines seltengebrauchten Pflanzenschutzmittels. Um der unterschiedlichen Wichtigkeit der Betriebsmittel gerecht zu werden, wird der Index mit Hilfe eines Wägungsschemas als gewogener Durchschnitt errechnet. In dem Wägungsschema (auch Warenkorb genannt) wird für mehrere Jahre festgelegt, welches "Indexgewicht" die einzelnen Betriebsmittel bei der Durchschnittsberechnung haben sollen. Bei der Zumessung der Gewichte wird auch darauf geachtet, daß entsprechende Betriebsmittel solche, die nicht einbezogen worden sind, vertreten. Die Indexgewichte werden für die einzelnen Betriebsmittel nach ihrem Ausgabenanteil bemessen, den sie bei den gesamten Betriebsausgaben der Landwirtschaft zu verzeichnen haben. Im letzten Bild veranschaulicht die Dicke der Balken die Indexgewichte der Betriebsmittelgruppen.

Die Entwicklung der Agrarpreise
seit 1950/51



Indexumstellung

Mitte 1965 hat der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ein neues Wägungsschema erhalten²; es wurde anhand der Betriebsausgaben des Wirtschaftsjahres 1962/63 aufgestellt. Davor fußte das Wägungsschema auf den Betriebsausgaben des Wirtschaftsjahres 1958/59. Im neuen Wägungsschema erhielten folgende Betriebsmittelgruppen gegenüber dem Warenkorb 1958/59 höhere Gewichte: Handelsdünger, Futtermittel, Treib- und Brennstoffe und Neubauten. Kleiner wurden die Gewichte der Gruppen: Saatgut, Nutz- und Zuchtvieh, Pflanzenschutzmittel, allgemeine Wirtschaftsausgaben, Unterhaltung der Gebäude, Unterhaltung von Maschinen und Geräten sowie die Neuanschaffung größerer Maschinen.

Als neue Preisbasis für die Indexberechnung hat man ebenfalls den Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 1962/63 genommen. Der auf der Basis 1962/63 Neuberechnete Betriebsmittelindex wurde bis Juli 1960, also bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres 1960/61 "zurückberechnet", d. h. die schon nach dem alten Wägungsschema ermittelten und veröffentlichten Indexzahlen hat man noch einmal mit dem neuen Wägungsschema errechnet. Der bisherige Index (umbasiert auf die Basis 1962/63) wurde dann über den Durchschnitt des Wirtschaftsjahres 1960/61 mit dem neuen Index verkettet.

Ergebnisse

Der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ist seit 1950/51 von Jahr zu Jahr gestiegen, wie man auf dem ersten Bild sieht. Insgesamt hat er sich in den sechzehn Jahren um 51% erhöht. Dieses Ergebnis ist ein Durchschnitt aus recht unterschiedlichen Preissteigerungen bei den einzelnen Gruppen von Betriebsmitteln. Reichlich verdoppelt haben sich die Preise für den Neubau und die Unterhaltung von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden. Die Unterhaltung von Maschinen und Geräten verteuerte sich um 74%. Aber auch einige Betriebsmittel, die von der Landwirtschaft selbst erzeugt werden, sind erheblich teurer geworden. So kletterte die Indexziffer für Saatgut um 69% und die für Nutz- und Zuchtvieh um 60%. Am geringsten erhöhten sich die Preise der Pflanzenschutzmittel (6%) und die Preise der Brenn- und Treibstoffe (14%).

Die Landarbeiterlöhne sind dagegen erheblich stärker gestiegen als das Preisniveau der

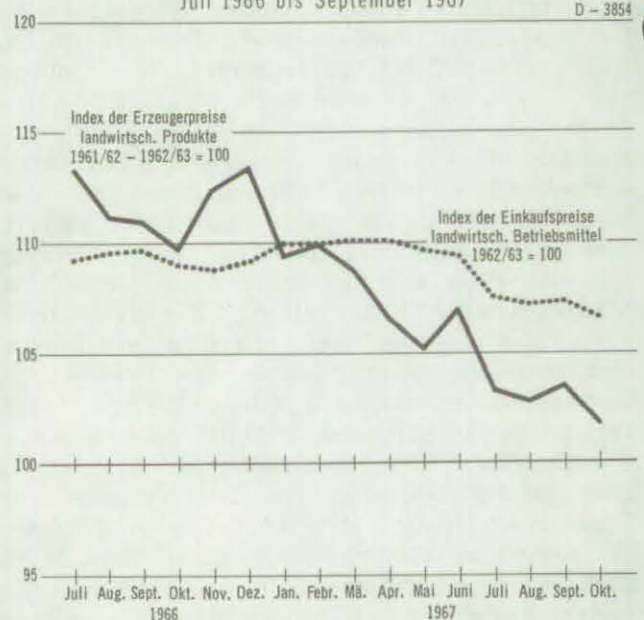
landwirtschaftlichen Betriebsmittel. Von Mitte 1950 bis 1967 haben sich die tariflichen Lohnsätze der Landarbeiter reichlich vervierfacht. Über die Entwicklung der effektiven Landarbeiterverdienste gibt es leider erst ab 1957 vergleichbare statistische Ergebnisse. Vermutlich sind aber die an die Landarbeiter tatsächlich gezahlten Löhne noch kräftiger nach oben geklettert als die Tariflohnsätze, weil allem Anschein nach die "Überbezahlung" wegen der zunehmenden Knappheit der Arbeitskräfte in den letzten Jahren des betrachteten Zeitraums ausgeprägter gewesen sein dürfte als vorher. Bei der Betrachtung der gesamten Lohnkosten in der Landwirtschaft ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Zuge der ständigen Aufbesserung der Landarbeiterlöhne gleichzeitig die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeiter beträchtlich abgenommen hat. So verminderte sich die Zahl der ständigen familienfremden männlichen Arbeitskräfte im Bundesgebiet von 1949 bis 1965 auf weniger als ein Viertel.

Im letzten Wirtschaftsjahr (1966/67) überholte der Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel zum ersten Mal den Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte. Davor war der Betriebsmittelpreisindex immer niedriger gewesen als der Erzeugerpreisindex. Den Überholvorgang veranschaulicht das zweite Bild. Von Dezember 1966 bis August 1967 sank der Erzeugerpreisindex um 9%, während der Betriebsmittelpreisindex von Dezember 1966 bis März 1967 noch weiter stieg und erst ab Mai 1967 etwas zurückging. Im August 1967 lag der Betriebsmittelpreisindex nur 2% unter seinem

Die neueste Entwicklung der Agrarpreise

Juli 1966 bis September 1967

D - 3854



2) Vergleiche hierzu: "Die Preisindizes für die Landwirtschaft auf neuer Basis" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 301 (Mai)

Stand von Dezember 1966. Das Zurückfallen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise geht auch aus den Jahresergebnissen hervor. Der Betriebsmittelpreisindex stieg trotz der sehr ruhigen Konjunktur 1966/67 (gegenüber 1965/66) noch um 1,7%, der Erzeugerpreisindex sank hingegen in der gleichen Zeit um 4,2%³. Dieses beachtliche Zurückfallen des Erzeugerpreisindex gegenüber dem Betriebsmittelindex bedeutet, daß sich die Erlöse in der Landwirtschaft verringert haben, wenn man einmal nur die Preise betrachtet. Daneben ist allerdings zu bedenken, daß durch eine reiche Ernte und einen noch rationelleren Betriebsmitteleinsatz die Erlöse günstig beeinflußt werden.

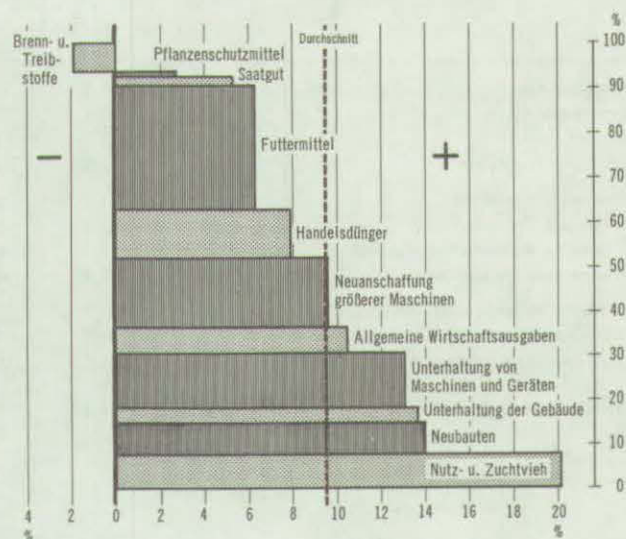
Das nebenstehende Bild veranschaulicht, wie sich die Einkaufspreise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel in den vier Jahren von 1962/63 bis 1966/67 geändert haben. Die jeweilige Indexbewegung gegenüber dem Vorjahr geht aus der Tabelle hervor. Die folgenden Ausführungen beziehen sich alle auf diesen Zeitraum.

Bei weitem am stärksten verteuert hat sich die Betriebsmittelgruppe "Nutz- und Zuchtvieh", ihr Einkaufspreisindex stieg in den vier Jahren um ein Fünftel. Zum Nutz- und Zuchtvieh gehören in erster Linie hochtragende oder frischmelkende Kühe und außerdem Ferkel. Ackerpferde sind nur noch mit einem ganz geringen Gewicht (1,5‰) an der gesamten Indexberechnung beteiligt. An den Wirtschaftsausgaben der Landwirtschaft im Jahre 1962/63 hatte die Gruppe "Nutz- und Zuchtvieh" einen Anteil von 8%.

Die Verteuerung des Nutz- und Zuchtviehs um 20% ist das Endergebnis aus zwei starken Preiserhöhungen und zwei leichten Preisrückgängen, wie man in der Tabelle sieht. In den Wirtschaftsjahren 1963/64 und 1965/66 schnellte der Einkaufspreisindex um 14,8% und 6,2% im Vergleich zum Vorjahresstand empor, 1964/65 und 1966/67 war er dagegen leicht rückläufig. Die Einkaufspreise für tragende oder frischmelkende Kühe stiegen in den ersten beiden Jahren beachtlich, im 3. Jahr nicht besonders stark und gingen 1966/67 sogar etwas zurück. Daß dieser Verlauf in der Indexziffer für Nutz- und Zuchtvieh nicht zum Ausdruck kam, hing mit der stark schwankenden Ferkelnachfrage zusammen, die wiederum durch den sogenannten Schweinezyklus bedingt war. 1963/64 und 1965/66 herrschte wegen der hohen Erzeugerpreise für Schlachtschweine eine lebhafte Ferkelnachfrage mit stark steigenden Ferkelpreisen. In beiden Wirtschaftsjahren kletterten die Einkaufspreise für Ferkel um 19% gegen-

D - 3855

Preisentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsmittel 1962/63 bis 1966/67 in %



über dem Vorjahr in die Höhe. In dem dazwischen liegenden Wirtschaftsjahr (1964/65) sanken die Erzeugerpreise für Schlachtschweine um 9,5% und gleichzeitig die Einkaufspreise für Ferkel um 20,9%. Im letzten Wirtschaftsjahr (1966/67) ist die langjährige Parallelität in der Entwicklung der Schlachtschweine- und Ferkelpreise durchbrochen worden, während der Erzeugerpreis für Schlachtschweine um 2,2% gegenüber dem Vorjahresergebnis fiel, stieg der Einkaufspreis für Ferkel um 6,6%. Ab April 1967 sind allerdings auch die Ferkelpreise stark rückläufig.

Um nicht ganz ein Siebtel erhöhten sich die Indexziffern für "Neubauten" und "Unterhaltung der Gebäude". Aus der Tabelle geht hervor, daß diese Verteuerungen zum größten Teil in den ersten drei Wirtschaftsjahren des betrachteten Zeitraumes entstanden sind. Der Anteil der Ausgaben für den Neubau und die Unterhaltung von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden macht ein Zehntel der Betriebsausgaben der Landwirtschaft aus. Der ab November 1966 zu beobachtende Rückgang der Baupreise wird mithin eine nennenswerte Ausgabenentlastung für die Landwirtschaft bringen.

Die Unterhaltung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte verteuerte sich in den vier betrachteten Jahren um 13%. Diese Betriebsmittelgruppe war im Basisjahr zu einem Achtel an den gesamten Betriebsausgaben der Landwirtschaft beteiligt. Zu ihr gehören sämtliche Reparaturen an Acker- und Schleppern, Maschinen und Geräten sowie deren Unterhaltung und Wartung einschließlich

³) Vergleiche hier den in Fußnote 1 aufgeführten Aufsatz

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel in der Bundesrepublik

	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	Veränderung			
	Wirtschaftsjahr 1962/63 = 100				1963/64	1964/65	1965/66	1966/67
					gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %			
Handelsdünger	109,9	107,2	107,4	107,9	+ 9,9	- 2,5	+ 0,2	+ 0,5
Futtermittel	99,6	100,7	104,6	106,3	- 0,4	+ 1,1	+ 3,9	+ 1,6
Saatgut	88,3	102,5	117,5	105,3	- 11,7	+ 16,1	+ 14,6	- 10,4
Nutz- und Zuchtvieh	114,8	113,5	120,5	120,1	+ 14,8	- 1,1	+ 6,2	- 0,3
Pflanzenschutzmittel	95,5	93,5	96,9	102,7	- 4,5	- 2,1	+ 3,6	+ 6,0
Brenn- und Treibstoffe ¹	94,2	93,4	95,5	98,1	- 5,8	- 0,8	+ 2,2	+ 2,7
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	102,3	104,2	107,6	110,5	+ 2,3	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,7
Unterhaltung der Gebäude	104,5	109,4	113,2	113,6	+ 4,5	+ 4,7	+ 3,5	+ 0,4
Unterhaltung von Maschinen u. Geräten ²	104,4	108,1	110,4	113,1	+ 4,4	+ 3,5	+ 2,1	+ 2,4
Neubauten	104,5	109,2	113,0	114,0	+ 4,5	+ 4,5	+ 3,5	+ 0,9
Neuanschaffung größerer Maschinen	100,6	103,7	107,0	109,6	+ 0,6	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,4
Betriebsmittel insgesamt	102,8	104,4	107,7	109,5	+ 2,8	+ 1,6	+ 3,2	+ 1,7

1) einschl. Schmierstoffe und elektr. Strom; Betriebsbeihilfe bei Dieselkraftstoff ist in der Berechnung berücksichtigt worden

2) einschl. technischer Hilfsmaterialien

der technischen Hilfsmaterialien, wie zum Beispiel Bindegarn, Mähmesserklängen, Treibriemen, Schlepperbatterien, Stacheldraht und Nägel.

Die Ausgaben für die Neuanschaffung größerer landwirtschaftlicher Maschinen haben mit 16% nach den Futtermittelausgaben den zweitgrößten Gewichtsanteil bei der Indexberechnung. Im Schnitt wurden die größeren Landmaschinen und Geräte um knapp ein Zehntel teurer. Verbilligt hat sich keine Maschine und auch kein Gerät. Lediglich Ackerwagen waren 1966/67 genau so billig wie 1962/63, alle anderen größeren Maschinen und Geräte hatten mehr oder weniger starke Preiserhöhungen zu verzeichnen. So stiegen die Einkaufspreise für Melkmaschinen und Mähdrescher nur um 4%, während die Einkaufspreise für Ackerschlepper um 11%, Gebläsehäcksler um 17% und Vielfachgeräte (für den Kartoffelanbau) um 18,4% emporschnellten. Der seit Sommer 1966 zu beobachtende Rückgang der Erzeugerpreise in der Industrie⁴ hat sich bisher nicht in eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte ausgewirkt.

Der Einkauf von Handelsdünger nimmt mit 11% einen beachtlichen Posten unter den gesamten Betriebsausgaben der Landwirtschaft ein. Im Düngerpreisjahr 1963/64 fielen die staatlichen Förderungsbeiträge für Düngemittel weg, infolgedessen erhöhte sich die Indexziffer von Handelsdünger von 1962/63 bis 1963/64 um 10%. Im Wirtschaftsjahr darauf verbilligte sich der Handelsdünger um 2,5%, 1965/66 und 1966/67 zog seine

Preisindexziffer jedoch wieder geringfügig an (vergleiche die Tabelle). Im Endeffekt lag das Preisniveau für Handelsdünger 1966/67 rund 8% höher als 1962/63.

Die bedeutendste Betriebsmittelgruppe stellen die Futtermittel dar mit einem Ausgabenanteil von 28%. Zu den Futtermitteln, deren Einkaufspreise von der amtlichen Statistik erhoben werden, zählen Futtergetreide (Gerste, Mais), Weizenkleie, Ölkuchenschrot, Fischmehl, Magermilch, Biertreber, Tapiokamehl, Milchleistungsfutter, Schweinemastfutter und Legemehl. In den vier Jahren sind die Futtermittelpreise im Mittel um 6,3% gestiegen. Der kräftigste Preisauftrieb fand im Wirtschaftsjahr 1965/66 statt; infolge starker Nachfrage erhöhten sich die Einkaufspreise für Weizenkleie um 5,7%, Magermilch um 5,9% und Fischmehl um 18,4%. Die Indexziffer für die Mischfuttermittel kletterte um 3,4% in die Höhe. Im letzten Wirtschaftsjahr (1966/67) zeigten die einzelnen Futtermittel einen unterschiedlichen Preisverlauf: Sinkenden Preisen für Futtergetreide (- 1,6%), Weizenkleie (- 4,7%), Fischmehl (- 9,9%) und Mischfuttermittel (- 0,3%) standen steigende Preise für Magermilch (+ 13,6%), Ölkuchen (+ 5,4%) und sonstige Futtermittel, wie Biertreber und Tapiokamehl (+ 1,3%) gegenüber.

Die Betriebsmittelgruppen "Saatgut" und "Pflanzenschutzmittel" haben nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung als Ausgabenposten für die Landwirtschaft. In den ersten beiden Wirtschaftsjahren des betrachteten Vierjahreszeitraumes von Juli 1963 bis Juni 1967 haben sich die Pflanzenschutzmittel um 6,5% verbilligt, in den beiden Wirtschaftsjahren darauf verteuerten sie sich indessen um 9,8%. Im Endergebnis liegt die Index-

4) Vergleiche hierzu: "Die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Bundesgebiet 1965 bis 1967" in Stat. Monatsh. S.-H., 1967, S. 261 (November)

ziffer für Pflanzenschutzmittel um knapp 3% über dem Stand von 1962/63.

Beim Saatgut sind ähnlich wie beim Nutz- und Zuchtvieh starke Preisschwankungen von Wirtschaftsjahr zu Wirtschaftsjahr festzustellen. Das Auf und Ab, das bei der Indexziffer für Nutz- und Zuchtvieh unter anderem durch die schwankenden Ferkelpreise bewirkt wurde, hing bei der Indexziffer für Saatgut insbesondere mit den schwankenden Saatkartoffelpreisen zusammen. Die gute Kartoffelernte im Herbst 1963 führte im Wirtschaftsjahr 1963/64 zu stark fallenden Saatkartoffelpreisen, dagegen brachten schlechte Ernteergebnisse und Einschränkungen der Anbauflächen 1964/65 und 1965/66 erhebliche Preissteigerungen für Speise- und Saatkartoffeln mit sich. Die guten Ernteergebnisse

im Herbst 1966 ließen die Saatkartoffelpreise 1966/67 wieder merklich fallen. Im Wirtschaftsjahr 1966/67 stand die Indexziffer für Saatgut 5,3% höher als 1962/63 und 19,3% höher als bei ihrem Tiefstand im Wirtschaftsjahr 1963/64.

Von allen Betriebsmittelgruppen haben sich nur die "Brenn- und Treibstoffe" 1966/67 gegenüber 1962/63 verbilligt. Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, ereigneten sich die Preissenkungen 1963/64 und 1964/65, in den beiden letzten Wirtschaftsjahren zog die Indexziffer dagegen wieder etwas an.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 94 (April)

Die Löhne und Gehälter aus unselbständiger Arbeit

Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik 1965

Die aus den Lohnsteuerkarten der in Schleswig-Holstein wohnenden Arbeitnehmer aufbereitete Statistik ergab für die erfaßten 924 000 Lohnsteuerpflichtigen des Jahres 1965 Bruttoeinkünfte aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von insgesamt 7,54 Mrd. DM. Das entspricht einem durchschnittlichen Jahreslohn von 8 164 DM je Steuerpflichtigen. Die Löhne und Gehälter haben sich damit gegenüber 1961, dem Jahre der letzten Lohnsteuerstatistik, um durchschnittlich 38% je Steuerpflichtigen erhöht. Die Durchschnittszahlen enthalten auch die größtenteils sehr niedrigen lohnsteuerpflichtigen Einkünfte der Teilbeschäftigten, der nicht ganzjährig Be-

schäftigten, der Lehrlinge sowie der Empfänger von Betriebsrenten und ähnlicher Fälle. Durch sie wird der genannte Durchschnittswert erheblich herabgedrückt. Unter den ganzjährig Beschäftigten betrug der Durchschnittslohn der Männer 10 789 DM, der der Frauen 6 090 DM. Verheiratete mit drei Kindern, die nach Klasse III zu besteuern waren, erzielten sogar Bruttoeinkünfte von durchschnittlich 12 861 DM im Jahre 1965. Die Zahl der Steuerpflichtigen erhöhte sich seit 1961 um 7%, die gezahlten Bruttolöhne insgesamt um 48% und die an das Finanzamt abgeführte Lohnsteuer (unter Berücksichtigung des Lohnsteuerjahresausgleichs) um 73%.

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer 1961 und 1965 nach dem Geschlecht

		Männer		Frauen		Insgesamt	
		1961	1965	1961	1965	1961	1965
Steuerpflichtige	In 1 000	557	589	304	334	861	924
	In %	65	64	35	36	100	100
Bruttolohn	In Mill. DM	3 968	5 837	1 127	1 705	5 096	7 542
	In %	78	77	22	23	100	100
Bruttolohn je Steuerpflichtigen		In DM	7 130	9 903	3 705	5 098	8 164
Lohnsteuer	In Mill. DM	270	452	63	123	333	574
	In %	81	79	19	21	100	100
Lohnsteuer in % des Bruttolohns		6,8	7,7	5,6	7,2	6,5	7,6
Zuwachsraten 1965 gegenüber 1961 in %							
		Männer		Frauen		Insgesamt	
Steuerpflichtige		+ 6		+ 10		+ 7	
Bruttolohn		+ 47		+ 51		+ 48	
Bruttolohn je Steuerpflichtigen		+ 39		+ 38		+ 38	
Lohnsteuer		+ 68		+ 94		+ 73	

Infolge der Progression des Einkommensteuertarifs wurden die gestiegenen Löhne und Gehälter 1965 einer stärkeren steuerlichen Belastung unterworfen als 1961. Damals waren im Durchschnitt nur 6,5% des Brutto Lohnes vom Arbeitgeber einbehalten worden, nach den neuen Ergebnissen sind es bereits 7,6%.

Das Ergebnis beruht auf der Auswertung von 987 000 Lohnsteuerkarten, das sind 87% aller Karten, die von den Gemeinden ausgestellt wurden. Hierunter waren auch ca. 53 000 Leerkarten, d. h. Lohnsteuerkarten von Personen, die 1965 keine Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erzielt haben, wie z. B. Verstorbene oder Personen, die aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind und ihre Sozialversicherungsrente erhalten. In die Aufbereitung und Tabellierung sind die Leerkarten nicht einbezogen worden. Die Ergebnisse der Statistik beziehen sich also nur auf die 924 000 erfaßten Personen mit Bruttoeinkünften aus nichtselbständiger Arbeit. Die Zusammensetzung der nicht zurückgefloßenen 13% der Lohnsteuerkarten ist dem Statistischen Landesamt nicht bekannt. Vermutlich befinden sich hierunter ebenfalls noch viele Leerkarten, die nicht an die Finanzämter zurückgefloßen sind. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die Rückflußquote auch davon abhängt, wie genau die Karteien in den Gemeinden geführt werden, nach denen die Lohnsteuerkarten ausgestellt werden.

Geschlecht und Beschäftigungsdauer

Die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen erhöhte sich gegenüber 1961 um 7% auf fast 924 000. Hiervon waren 589 000 (64%) Männer und 334 000 (36%) Frauen. Die Beschäftigung von Frauen unter den Arbeitnehmern hat damit relativ stärker zugenommen als die der Männer. Gegenüber 1961 wurden 6% mehr steuerpflichtige Männer und 10% mehr steuerpflichtige Frauen erfaßt. An der für Frauen ungünstigen Verteilung der Einkünfte hat sich seit 1961 nichts geändert. Von dem insgesamt erzielten Bruttolohn in Höhe von 7,54 Mrd. DM entfiel auf die Männer 77% und auf die Frauen 23%. Während die männlichen Arbeitnehmer einen Durchschnittsbruttolohn von jährlich 9 903 DM erzielten, erreichten die Frauen nur 5 098 DM. Die Zuwachsraten des durchschnittlichen Brutto Lohnes je Steuerpflichtigen betrugen bei Männern und Frauen 39 und 38%.

Das ungünstige Lohnniveau der Frauen hat die verschiedensten Ursachen. Während der Grundsatz "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" heute durch die Gesetzgebung verankert und wohl formell in allen Betrieben garantiert

Lohnsteuerpflichtige 1965 nach der Beschäftigungsdauer

		Ganzjährig beschäftigt	Nicht ganz- jährig be- schäftigt	Insgesamt
Steuerpflichtige	In 1 000	755	169	924
	In %	82	18	100
davon				
Männer	In 1 000	510	79	589
	In %	87	13	100
Frauen	In 1 000	245	90	334
	In %	73	27	100
Bruttolohn je				
Steuerpflichtigen in DM		9 267	3 243	8 164
für Männer		10 789	4 200	9 903
für Frauen		6 090	2 398	5 098
Lohnsteuer in % des Brutto-				
lohns für alle Steuer-				
pflichtigen		7,8	5,4	7,6
für Männer		7,9	5,0	7,7
für Frauen		7,6	4,4	7,2

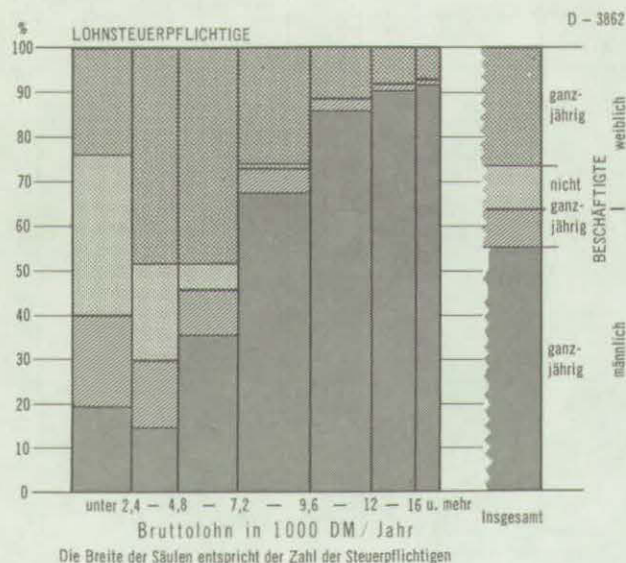
ist, bestehen nach wie vor sehr große Unterschiede in der prozentualen Besetzung der gut und schlecht bezahlten Arbeitsplätze. Zunächst sei hervorgehoben, daß die Frauen viel häufiger nicht ganzjährig beschäftigt sind als die Männer, z. B. als Saisonarbeitskräfte. Von den insgesamt 169 000 nicht ganzjährig beschäftigten Lohnsteuerpflichtigen waren 90 000 weiblich, 79 000 männlich; von allen Männern waren nur 13%, von allen Frauen dagegen 27% nicht das ganze Jahr über beschäftigt.

Aber auch unter den ganzjährig Beschäftigten (das sind Personen, die mehr als 11 Monate im Jahr 1965 gearbeitet haben) erzielten die Frauen wesentlich niedrigere Löhne und Gehälter als die Männer. In der Gliederung der Steuerpflichtigen nach Bruttolohngruppen und dem Geschlecht ergibt sich folgendes Bild:

Bruttolohngruppe	Ganzjährig beschäftigte			
	Männer		Frauen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 7 200 DM	98 048	37	165 342	63
7 200 – 20 000 DM	385 753	83	77 701	17
20 000 – 36 000 DM	23 550	94	1 475	6
36 000 und mehr DM	2 793	99	42	1
Insgesamt	510 144	68	244 560	32

In den Größenklassen unter 7 200 DM ist die Zahl der Frauen um etwa zwei Drittel größer als die der Männer. Oberhalb dieser Grenze sind dann die Frauen nur mit geringen Anteilen vertreten. Offenbar setzt sich die Beschäftigung der Frau auf besser bezahlten Arbeitsplätzen nur sehr langsam durch. Ungenügende Ausbildung, Unterbrechung der Arbeitstätigkeit durch Eheschließung und die Tatsache, daß manche gut bezahlten Arbeitsplätze für die Frauenbeschäftigung als nicht

Beschäftigungsdauer, Geschlecht und Bruttolohn der Lohnsteuerpflichtigen 1965



steuerpflichtigen ist damit von 17,1% auf 18,3% gestiegen. Von 1957 auf 1961 war sie um 43 000 zurückgegangen. Während man damals noch von einer Verbesserung der Beschäftigungslage sprechen konnte, deutet die Entwicklung nach 1961 auf eine stärkere Auslastung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials hin. Es herrschte Vollbeschäftigung, ja teilweise sogar Überbeschäftigung; infolgedessen war auch die Fluktuation von Arbeitskräften stärker als früher.

Bruttolohngruppen

Über die Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen ist bereits in einem vorläufigen Ergebnis der Lohnsteuerstatistik 1965 berichtet worden¹. Im wesentlichen hat sich an diesem Ergebnis nichts geändert. Die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen erhöhte sich noch geringfügig um etwa 1%. Das Aufrücken vieler Steuerpflichtiger aus den unteren in die mittleren und höheren Lohngruppen ist das hervorstechendste Ergebnis der gesamten Statistik im Vergleich zu 1961. Bis zu einer Höhe des Bruttolohnes von 8 400 DM hat die Zahl der Steuerpflichtigen und der Bruttolohn gegenüber 1961 erheblich abgenommen, in den darüberliegenden Bruttolohngruppen dagegen zugenommen.

Die stärkste Besetzung mit Steuerpflichtigen fiel 1965 unter Zugrundelegung einer Klassenbreite von 1 200 DM in die Bruttolohngruppe von 8 400 bis 9 600 DM. Diese Gruppe vereinigte fast 97 000 Lohnsteuerpflichtige auf sich. Über 20 000 DM verdienten nur 3,0% der Lohnsteuerpflichtigen. Ihr Anteil am gesamten Bruttolohn betrug 10,2%. Die 22,2%

geeignet gelten, mögen die Ursache hierfür sein. Im übrigen ist auf den hohen Anteil der Frauen unter den sogenannten Teilbeschäftigten hinzuweisen. Hierunter sind diejenigen Personen zu verstehen, die nur mit einer kürzeren als der üblichen Wochenarbeitszeit tätig sind, z. B. stundenweise oder nur an bestimmten Tagen der Woche. Diese Personen gelten als ganzjährig Beschäftigte. Sie auszugliedern ist in der Lohnsteuerstatistik nicht möglich.

Gegenüber 1961 hat sich die Zahl der nicht ganzjährig Beschäftigten um ca. 22 000 (das sind 11,5%) erhöht. Ihr Anteil an allen Lohn-

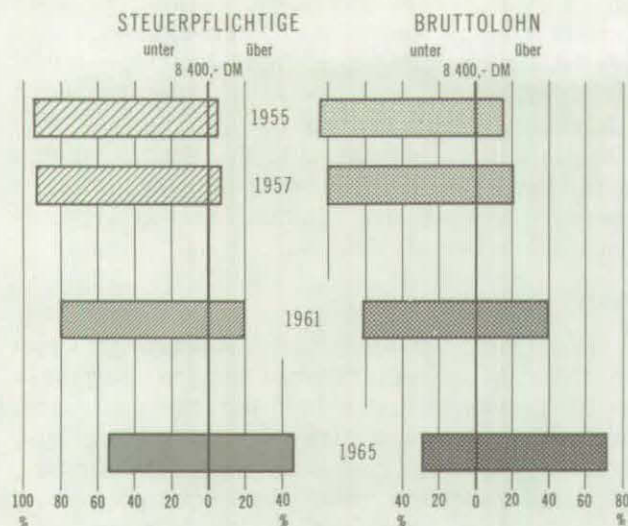
Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer 1965 nach Bruttolohngruppen

Bruttolohngruppe in 1 000 DM	Steuerpflichtige			Bruttolohn			Lohnsteuer			Durchschnittliche Steuerbelastung in % des Bruttolohnes	
	Anzahl	%	Veränderung gegen 1961 in %	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1961 in %	Mill. DM	%	Veränderung gegen 1961 in %	1961	1965
unter 1,2	79 646	8,6	- 14	53,8	0,7	- 16	0,3	0,1	- 14	0,5	0,5
1,2 - 2,4	69 404	7,5	- 6	119,8	1,6	- 9	0,9	0,2	- 36	1,0	0,7
2,4 - 3,6	55 856	6,0	- 32	167,8	2,2	- 32	3,1	0,5	+ 1	1,2	1,8
3,6 - 4,8	60 728	6,6	- 42	253,9	3,4	- 42	7,5	1,3	- 54	3,7	2,9
4,8 - 6,0	70 095	7,6	- 40	378,6	5,0	- 40	17,8	3,1	- 45	5,1	4,7
6,0 - 7,2	78 968	8,5	- 36	520,4	6,9	- 36	31,1	5,4	- 31	5,6	6,0
7,2 - 8,4	86 362	9,3	- 12	672,7	8,9	- 11	44,1	7,7	- 4	6,1	6,6
8,4 - 9,6	96 698	10,5	+ 64	870,8	11,5	+ 65	58,7	10,2	+ 64	6,8	6,7
9,6 - 10,8	87 639	9,5	+ 172	893,1	11,8	+ 176	62,7	10,9	+ 151	7,8	7,0
10,8 - 12,0	66 716	7,2		760,3	10,1		55,2	9,6		7,3	7,3
12 - 16	110 356	11,9	+ 233	1 494,7	19,8	+ 230	124,2	21,6	+ 175	10,0	8,3
16 - 20	33 391	3,6	+ 203	589,3	7,8	+ 202	60,7	10,6	+ 169	11,6	10,3
20 - 25	16 510	1,8	+ 215	365,0	4,8	+ 217	42,5	7,4	+ 194	12,5	11,6
25 - 36	8 653	0,9	+ 301	246,7	3,3	+ 296	32,3	5,6	+ 244	15,0	13,1
36 und mehr	2 839	0,3	+ 180	155,3	2,1	+ 166	33,6	5,8	+ 134	24,6	21,6
Insgesamt	923 861	100	+ 7	7 542,1	100	+ 48	574,4	100	+ 73	6,5	7,6

1) vergleiche Stat. Monatsh. S.-H. 1967, S. 134 (Juni)

D - 3863

Der Anstieg des Lohnniveaus von 1955 bis 1965



der Lohnsteuerpflichtigen mit einem Verdienst unter 3 600 DM im Jahre und einem Anteil am gesamten Bruttolohn von nur 4,5% kann man nicht als Vollbeschäftigte im üblichen Sinne bezeichnen. Hierunter fallen viele nicht ganzjährig Beschäftigte, Arbeitnehmer, die in einem Ausbildungsverhältnis stehen, und Personen, die aus einem früheren Dienstverhältnis lohnsteuerpflichtige Bezüge erhalten, z. B. Witwen- und Waisengelder, Deputate und anderes mehr.

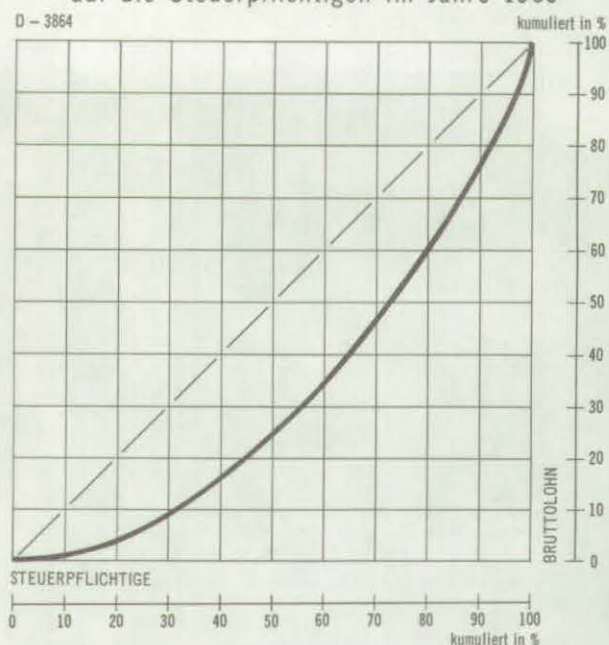
Um zu veranschaulichen, wie stark sich das Lohnniveau in den letzten zehn Jahren erhöht hat, seien die Anteile der Steuerpflichtigen und des Bruttolohnes unter- und oberhalb des Schwellenwertes von 8 400 DM Bruttolohn in dem obenstehenden Bild dargestellt.

Insbesondere nach 1961 ist das Lohnniveau um diesen mittleren Schwellenwert ganz erheblich in Bewegung geraten. Es sei darauf hingewiesen, daß die Zunahme der Bruttolöhne insgesamt seit 1955 um 181% natürlich auch auf die erhöhte Zahl der Steuerpflichtigen (+ 27%) zurückzuführen ist. Ferner müssen die erheblichen Preissteigerungen seit 1955 erwähnt werden, so daß der reale Wert der erheblichen Steigerung des Lohnniveaus entsprechend geringer anzusetzen ist.

Die Verteilung des insgesamt erzielten Bruttolohnes auf die Steuerpflichtigen in den einzelnen Bruttolohngruppen ist in der nachfolgenden Grafik (Lorenz-Kurve) abzulesen. Auf der Waagerechten sind die Unternehmen in Prozent abgetragen, und zwar kumuliert von links nach rechts nach der Höhe ihres Bruttolohnes. Auf der Senkrechten sind die entsprechenden Bruttolöhne ebenfalls kumuliert abgetragen. Verdienten alle Steuerpflichtigen den gleichen Bruttolohn im Jahr, so entstünde

Die Verteilung der Bruttolöhne auf die Steuerpflichtigen im Jahre 1965

D - 3864



eine Gerade (gestrichelte Linie). Je stärker die Kurve nach rechts unten gekrümmt ist, um so ungleichmäßiger ist die Verteilung. Im dargestellten Fall für das Jahr 1965 vereinigen 29% aller Steuerpflichtigen nur 8% des gesamten Bruttolohnes, 54% der Steuerpflichtigen 29% des Bruttolohnes und 81% der Steuerpflichtigen 62% des Bruttolohnes auf sich.

Die entsprechenden Kurven für die Jahre 1955, 1957 und 1961 weichen in ihrer Form von der hier dargestellten fast überhaupt nicht ab. Hieraus ergibt sich, daß es wesentliche Veränderungen in der Verteilung des Einkommens an Löhnen und Gehältern auf die Gesamtheit der Steuerpflichtigen in den letzten zehn Jahren nicht gegeben hat. Der Grad der Ungleichheit in der Verteilung der Löhne und Gehälter ist weitgehend der gleiche geblieben.

Steuerbelastung

Von den erfaßten 924 000 Lohnsteuerpflichtigen waren 676 000 steuerbelastet und 248 000 steuerbefreit. Die Steuerbefreiten waren hauptsächlich Personen mit geringem Einkommen. Infolge des Anstiegs des Lohnniveaus ist ihre Anzahl seit 1961 von 34% auf 27% zurückgegangen.

Nach wie vor gibt es unter den Nichtsteuerbelasteten auch eine geringe Anzahl von Personen mit erheblichem Einkommen, die infolge der hohen Freibeträge (z. B. für die erhöhte Absetzung für Abnutzung von neu erbauten Einfamilienhäusern gem. § 7 b EStG)

von der Lohnsteuer befreit waren. In den Genuß der Befreiung kamen teilweise Steuerpflichtige mit einem Bruttolohn von über 20 000 DM.

Weil seit 1961 mehr Steuerpflichtige in höhere Bruttolohngruppen nachgerückt sind, stieg die durchschnittliche Steuerbelastung auf insgesamt 7,6% des Bruttolohnes. 1961 hatte sie noch 6,5% betragen. Nach dem Einkommensteuertarif steigt von einer bestimmten Grenze an bei wachsendem Einkommen die Besteuerung überproportional (Progressionszone). Der Unterschied in der durchschnittlichen Steuerbelastung wäre zwischen 1961 und 1965 sicherlich noch größer gewesen, wenn nicht ab 1. 1. 1965 ein neuer Tarif in Kraft getreten wäre. Durch ihn wurde die Steuerbelastung gegenüber früher erheblich ermäßigt. In den letzten beiden Spalten der großen Tabelle (S. 21) läßt sich dieser Einfluß besonders in den höheren Bruttolohngruppen deutlich ablesen.

Steuerklassen

Über die Gliederung der Steuerpflichtigen nach Steuerklassen wurde bereits im Voraussergebnis berichtet². Die höchsten Bruttolöhne finden sich bei den Lohnsteuerpflichtigen der Klasse III, das sind überwiegend Verheiratete, deren Ehegatte keinen Arbeitslohn bezog. In diese Klasse fallen 40% der Steuer-

pflichtigen. Ihre Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit liegen erheblich über dem Durchschnitt, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil sich unter ihnen vermutlich fast nur ganzjährig Beschäftigte befinden. 55% des insgesamt durch die Statistik erfaßten Bruttolohnes entfallen auf die Steuerpflichtigen in dieser Klasse. Die Steuerbelastung liegt dagegen mit 7% des Bruttolohnes unter dem Durchschnitt. Mit steigender Kinderzahl nehmen die Einkünfte je Verheirateten zu und die Lohnsteuerbelastung ab. So verdiente ein Steuerpflichtiger der Klasse III ohne Kinder im Durchschnitt 9 663 DM, mit drei Kindern dagegen 12 861 DM. Bei Steuerpflichtigen mit vier und mehr Kindern ist dann allerdings wieder ein Absinken des durchschnittlichen Bruttolohnes festzustellen.

Die Steuerpflichtigen der Klassen IV und V sind Verheiratete, deren Ehepartner ebenfalls Arbeitslohn bezog. Sie vereinigen einen Anteil von 22% aller Lohnsteuerpflichtigen auf sich, aber nur 18% des Bruttolohnes. Zusammen mit den Steuerpflichtigen der Klasse III waren also 62% aller von der Statistik erfaßten Personen verheiratet. Für die Unverheirateten der Klassen I und II bleibt somit nur ein Anteil von 38%. Die Verheirateten der Klasse IV haben die im Durchschnitt höchste steuerliche Belastung des Bruttolohnes zu tragen. Das ist infolge ihrer höheren Leistungsfähigkeit durchaus angemessen, wenn

Lohnsteuerpflichtige, Bruttolohn und Lohnsteuer 1965 nach Steuerklassen

Steuerklasse	Steuerpflichtige			Bruttolohn			Lohnsteuer	
	Anzahl	%	dagegen 1961 %	Mill. DM	%	je Steuerpflichtigen in DM	Mill. DM	in % des Bruttolohnes
I zusammen	252 733	27,4	32,2	1 444	19,1	5 712	126	8,7
II zusammen	99 996	10,8	10,1	647	8,6	6 472	43	6,6
davon								
II/0 Kinder	79 008	8,6	7,8	492	6,5	6 221	36	7,4
II/1 Kind	13 700	1,5	1,7	102	1,4	7 435	5	4,9
II/2 u. mehr Kinder	7 288	0,8	0,6	54	0,7	7 388	1	2,6
III zusammen	365 696	39,6	36,3	4 127	54,7	11 285	288	7,0
davon								
III/0 Kinder	131 685	14,3	13,6	1 272	16,9	9 663	112	8,8
III/1 Kind	98 925	10,7	10,3	1 153	15,3	11 659	88	7,6
III/2 Kinder	83 756	9,1	7,6	1 051	13,9	12 548	63	6,0
III/3 Kinder	33 199	3,6	3,1	427	5,7	12 861	19	4,5
III/4 u. mehr Kinder	18 131	2,0	1,6	223	3,0	12 293	5	2,4
IV zusammen	144 088	15,6	19,5	1 165	15,5	8 087	104	9,0
davon								
IV/0 Kinder	75 609	8,2	8,9	616	8,2	8 149	62	10,1
IV/1 Kind	45 476	4,9	6,4	359	4,8	7 889	30	8,4
IV/2 Kinder	15 615	1,7	2,8	131	1,7	8 386	9	7,1
IV/3 u. mehr Kinder	7 388	0,8	1,4	59	0,8	8 044	3	5,0
V zusammen	61 348	6,6	1,9	159	2,1	2 595	14	8,6
Alle Steuerklassen	923 861	100	100	7 542	100	8 164	574	7,6

2) siehe Fußnote 1 (Seite 21)

man berücksichtigt, daß durch die Mitarbeit des Ehepartners das Familieneinkommen dieser Steuerpflichtigen weit über dem Durchschnitt liegt.

Für Steuerpflichtige mit Kindern sieht das Einkommensteuerrecht erhebliche Steuervergünstigungen in Form von Freibeträgen vor. Diese Freibeträge stehen grundsätzlich allen Arbeitnehmern für jedes ihrer Kinder zu, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Außerdem werden auf Antrag Freibeträge für Kinder bis zum vollendeten 27. Lebensjahr gewährt, wenn sie auf Kosten des Arbeitnehmers unterhalten und für einen Beruf ausgebildet werden. Die Zahl der Kinder, für die den Steuerpflichtigen Freibeträge gewährt wurden, betrug:

Steuerklasse	Kinder		Veränderung in %
	1961	1965	
II	27 028	32 793	+ 21
III	364 259	449 176	+ 23
IV	71 787	51 495	- 28
Insgesamt	463 074	533 464	+ 15

In der Steuerklasse IV (Verheiratete, die beide Arbeitslohn beziehen) werden die Steuerfreibeträge für Kinder beiden Ehepartnern (je zur Hälfte) angerechnet, so daß die Zahl der Kinder nur halb so groß ist wie die Summe der gewährten Freibeträge. Gegenüber 1961 hat die Zahl der Kinder, für die Freibeträge gewährt wurden, insgesamt um 15% zugenommen. Hier ist zu erwähnen, daß die Altersgrenze für Kinderfreibeträge seit Anfang 1965 vom vollendeten 25. auf das vollendete 27. Lebensjahr heraufgesetzt wurde. Die Zunahme fällt nur in die Steuerklassen II und III, wogegen die Zahl der Kinder, für die Freibeträge gewährt wurden, in der Klasse IV ganz erheblich zurückgegangen ist. Dies ist vermutlich die Folge einer Veränderung des Altersaufbaus der Lohnsteuerpflichtigen und der Verbesserung der sozialen Verhältnisse, insbesondere der gestiegenen Lohneinkommen.

Lohnsteuerjahresausgleich und steuerfreie Abzugsbeträge

Für 542 000 Lohnsteuerpflichtige (das sind 59% aller erfaßten) wurde nach Abschluß des Kalenderjahres 1965 ein Lohnsteuerjahresausgleich durchgeführt. Hierbei wurden 103 Mill. DM einbehaltene Lohnsteuer wieder zurückgezahlt. Die Höhe der Rückzahlung ist insbesondere davon abhängig, inwieweit die Steuerpflichtigen ihre zusätzlichen steuerfreien Abzugsbeträge erst nach Ablauf des Kalenderjahres geltend machen. Daneben entstehen Differenzen zwischen einbehaltener

Lohnsteuer und Steuersoll bei nicht ganzjähriger Beschäftigung oder wechselnder Lohnhöhe. In 482 000 Fällen wurde der Ausgleich durch die Finanzämter durchgeführt, wobei 94 Mill. DM zu erstatten waren. Etwa 9 Mill. DM wurden von den Arbeitgebern an die übrigen 60 000 Steuerpflichtigen zurückgezahlt. Am häufigsten waren die Rückzahlungen in der Bruttolohngruppe von 8 400 bis 9 600 DM. Der zurückgezahlte Betrag je Steuerpflichtigen steigt in der Regel mit zunehmenden Bruttolohn. So wurden z. B. Lohnsteuerpflichtigen in der Gruppe unter 1 200 DM Bruttolohn jährlich im Durchschnitt 52 DM erstattet, denjenigen in der Gruppe 4 800 bis 6 000 DM Bruttolohn 136 DM, und die Steuerpflichtigen der Bruttolohngruppe 16 000 bis 20 000 DM erhielten 348 DM zurück. Da Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mehr als 24 000 DM stets veranlagt werden und die Finanzämter einen Lohnsteuerjahresausgleich für solche Personen in der Regel nicht durchführen, nimmt die Zahl der Steuerpflichtigen und der Erstattungsbeträge in höheren Bruttolohngruppen rasch ab. Der durchschnittliche Erstattungsbetrag für alle Lohnsteuerpflichtigen mit Lohnsteuerjahresausgleich betrug im Jahre 1965 189 DM.

Etwa 90 000 Personen mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit (das sind 10% aller erfaßten) ließen im Vorwege steuerfreie Abzugsbeträge vom Finanzamt in ihre Lohnsteuerkarten eintragen und erhielten keine Beträge im Lohnsteuerjahresausgleich zurück. Für die Steuerpflichtigen ohne steuerfreie Abzugsbeträge und ohne Lohnsteuerjahresausgleich blieb somit nur noch ein Anteil von 32%.

In der Lohnsteuerstatistik 1965 wurden die steuerfreien Abzugsbeträge erstmals der Höhe nach erfaßt, und zwar untergliedert nach erhöhten Werbungskosten, erhöhten Sonderausgaben und sonstigen Freibeträgen. Die Angaben sind in erster Linie für finanzpolitische Überlegungen von Bedeutung. Daneben erlaubt die Erfassung der erhöhten Werbungskosten die Berechnung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit im Sinne des § 19 EStG und damit einen späteren Vergleich mit der Höhe der Einkünfte der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen. 511 Mill. DM wurden insgesamt als steuerfreie Beträge vom Bruttolohn abgezogen und damit die Steuerbelastung erheblich vermindert. 41% der Abzugsbeträge waren erhöhte Sonderausgaben, 26% erhöhte Werbungskosten. Etwa ein Drittel entfiel auf die sonstigen steuerfreien Abzugsbeträge, z. B. Altersfreibeträge oder Ermäßigungen wegen außergewöhnlicher Belastung.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 20. Jahrgang . Heft 1 . Jan. 1968

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 457	2 468	2 470	2 472	2 495	2 496
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 729	1 447	1 476	1 258	2 753	1 369
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,4	7,1	7,0	6,2	13,0	6,7
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 828	3 830	3 763	3 467	3 766	3 631
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,7	18,9	18,0	17,1	17,8	17,7
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 484	2 216	2 293	2 574	2 303	2 408
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,1	10,9	10,9	12,7	10,9	11,7
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	79	63	80	78	76	78
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,5	16,4	21,3	22,5	20,2	21,5
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 343	1 614	1 470	893	1 463	1 223
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,6	8,0	7,0	4,4	6,9	6,0
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 701	7 116	9 112	7 223	7 192	7 291
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 236	6 905	8 197	6 807	6 094	7 238
* Wanderungsgewinn		260	1 465	211	915	416	1 098	53
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 945	8 968	12 014	10 741	10 353	10 783
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 882	22 989	29 323	24 771	23 639	25 312
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	165	158	197	174	161	176
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	8	5	7	11	15	15	18	13
darunter * Männer	1 000	31	6	3	4	7	10	10	12	8
Offene Stellen	1 000	5	19	20	15	11	11	10	9	7
darunter für Männer	1 000	3	9	10	8	5	5	5	4	4
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 393 ^a
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	511 ^a
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 689 ^a	1 767	.	.	.	1 831	.	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	174	.	.	.	189	.	.
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	108	.	.	.	116	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	28	36	48	45	35	37	48	40
* Kälber	1 000 St.	5	4	3	3	3	3	2	3	3
* Schweine	1 000 St.	81	157	146	162	167	161	164	181	181
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	10 ^c	2	6	19	3	3	7	22
* Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	19,5	21,2	25,0	23,6	22,2	23,1	27,2	23,6
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,4	8,2	11,2	10,3	7,8	8,6	11,5	9,0
* Schweine	1 000 t	5,9	12,8	12,7	13,5	13,1	14,1	14,3	15,5	14,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	236	230	243	243	223	235	244	242
Kälber	kg	49	58	57	51	54	57	56	54	53
Schweine	kg	89	88	88	87	89	89	89	89	90
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	176	121	113	129	161	117	112	132
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	90	88	88	92	90	88	88
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	8,0	7,2	8,5	10,2	7,7	7,1	8,6

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) innerhalb des Landes

umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden

5) gewerbliche und Hausschlachtungen

6) einschl. Schlachtfette, jedoch

ohne Innereien a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25

c) Winterhalbjahr 1966/67 = 17

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	180	179	177	172	172	172	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	139	140	139	138	132	132	133	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	22 756	23 922	23 642	23 335	19 951	20 936	22 232	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	105,5	109,5	105,2	110,3	109,7	102,9	102,7	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	42,0	41,4	41,5	44,8	43,4	42,8	42,8	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	49	50	56	54	38	37	50	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 830	10 962	10 086	9 168	12 216	11 808	11 516	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	78	71	77	84	71	77	90	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	123	127	135	133	125	130	139	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	38	39	44	45	38	38	45	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	790	832	838	846	739	845	868	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	111	91	108	140	81	103	108	...
Produktionsindex	1958=100	100	142	149	152	149	126	147	153	...
Steine und Erden		100	158	195	191	171	187	205	186	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	135	142	131	120	94	117	126	...
Schnittholz und Sperrholz		100	100	108	102	99	86	93	93	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	134	147	144	133	139	146	...
Gummi- und Asbestwaren		100	197	210	198	209	140	188	193	...
Wasserfahrzeuge		100	86	89	93	97	66	80	86	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	141	127	155	147	105	129	140	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	141	147	148	152	126	151	162	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	180	203	193	220	158	220	214	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	189	207	217	219	170	188	188	...
Leder		100	36	26	24	21	11	9	14	...
Schuhe		100	93	96	95	83	87	98	96	...
Textilien		100	93	106	97	85	54	86	95	...
Bekleidung		100	126	141	133	120	104	120	122	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	190	194	207	227	160	198	207	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	147	167	160	160	124	156	175	...
Milcherzeugnisse		100	136	90	91	101	117	89	85	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	136	154	156	146	139	156	156	...
Handwerk (Meßziffern) ¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	*	101	104	.	.	.	99	.	.
*Umsatz	Vj.-D 1962=100	*	132	145	.	.	.	128	.	.
darunter *Handwerksumsatz	Vj.-D 1962=100	*	134	148	.	.	.	134	.	.

Öffentliche Energieversorgung

*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	149	138	157	192	124	94	146	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	304	296	316	338	304	314	344	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	23	19	20	28	17	19	24	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohle-einheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats- Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	66 044	66 587	65 788	63 960	63 114	63 261	63 453	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 344	10 914	10 614	9 824	9 660	9 949	10 014	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 977	4 628	4 477	4 113	4 217	4 487	4 550	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 844	4 546	4 473	4 103	3 885	3 853	3 756	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	51,6	61,0	58,1	54,2	53,8	54,3	54,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,5	4,5	4,9	4,5	4,5	4,5	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	154,5	194,7	183,2	173,9	167,8	172,0	178,3	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	949	1 115	856	734	1 197	944	824	828
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	168	204	199	161	197	162	185	156
Veranschlagte reine Baukosten										
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	124,1	132,6	124,6	116,2	158,4	120,2	153,6	128,2
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,1	97,2	78,2	82,6	117,3	88,4	99,0	86,6
*Umbauter Raum insgesamt										
(ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 314	1 427	1 370	1 158	1 660	1 232	1 534	1 251
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	839	899	716	737	1 094	827	898	801
*Wohnungen		2 109	2 298	2 331	1 752	2 192	2 900	2 192	2 459	2 181
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 021	2 046	1 513	1 979	2 639	1 922	2 171	1 978
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 385	1 586	2 232	2 091	1 330	1 675	1 863	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 181	6 957	8 934	9 010	5 759	7 440	8 319	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 797	1 741	2 860	3 164	515	581	1 739	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 263	1 030	3 391	2 213	521	1 223	1 742	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	22 079	25 098	22 997	25 178	27 434	26 878	28 107	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 287	35 790	38 760	40 499	31 001	35 162	43 971	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	137,1	101,8	153,7	157,7	103,7	112,6	129,8	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	10,7	7,3	13,3	14,0	10,0	10,8	16,0	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	126,4	94,5	140,4	143,7	93,7	101,7	113,9	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,5	3,4	3,7	3,2	3,6	3,4	4,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	11,5	10,0	13,3	11,7	7,8	8,0	15,8	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	111,4	81,2	123,4	128,7	82,3	90,3	93,9	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	6,7	7,2	7,9	7,3	8,2	11,6	10,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	104,7	74,0	115,5	121,5	74,1	78,8	83,1	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	29,2	29,1	33,8	31,2	32,5	36,3	38,7	...
darunter										
Italien	Mill. DM	1,7	6,6	6,6	10,1	6,9	6,6	8,4	10,7	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	10,6	10,8	11,4	12,4	14,0	15,0	13,6	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	55,4	35,9	68,3	46,2	29,9	33,9	41,8	...
darunter										
Dänemark	Mill. DM	3,7	10,7	13,5	10,2	12,3	6,8	11,7	9,3	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	4,7	6,4	5,3	4,5	4,8	8,0	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	20,0	2,4	32,3	4,2	3,2	2,2	4,1	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,2	5,2	8,1	11,4	5,3	5,2	9,5	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	163	189	108	73	402	198	p 106	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	21	13	8	44	21	p 16	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 143	1 441	422	232	4 489	1 571	p 402	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	39	40	24	14	102	39	p 25	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

			1958	1966	1966			1967			
			Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Verkehr											
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t		126	240	253	258	270	240	235	257	...
*Güterversand	1 000 t		195	353	385	433	382	451	429	425	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge			3 262	5 521	5 692	5 158	4 597	3 986	4 821	5 555	...
darunter											
Krafträder (einschl. Motorroller)			227	11	7	4	9	10	11	13	..
*Personenkraftwagen			2 107	4 311	4 411	4 087	3 484	3 223	3 801	4 173	...
*Kombinationskraftwagen			175	440	396	364	458	238	329	522	...
*Lastkraftwagen			293	390	392	333	346	232	264	417	...
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden			918	1 115	1 210	1 212	1 281	1 331	1 349	p 1 274	p 1 209
*Getötete Personen			40	60	58	78	85	72	62	p 71	p 62
*Verletzte Personen			1 130	1 502	1 579	1 570	1 718	1 884	1 775	p 1 600	p 1 590
Geld und Kredit											
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)											
*Kredite an Nichtbanken			3 105 ^d	8 993 ^d	8 893	8 932	8 960	9 397	9 482	9 496	...
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM										
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM		939 ^d	2 078 ^d	2 155	2 137	2 094	2 215	2 263	2 222	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		928 ^d	2 053 ^d	2 143	2 125	2 088	2 199	2 256	2 205	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM		2 165 ^d	6 915 ^d	6 738	6 795	6 867	7 182	7 218	7 274	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM		1 864 ^d	5 922 ^d	5 776	5 820	5 886	6 106	6 135	6 182	...
*Einlagen von Nichtbanken			2 067 ^d	5 575 ^d	5 403	5 442	5 478	6 034	6 104	6 158	...
(Bestand am Monatsende)	Mill. DM										
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM		1 012 ^d	1 906 ^d	1 931	1 939	1 963	2 116	2 152	2 153	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM		857 ^d	1 589 ^d	1 592	1 630	1 627	1 734	1 739	1 749	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM		1 054 ^d	3 668 ^d	3 472	3 502	3 515	3 918	3 952	4 005	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM		706 ^d	2 412 ^d	2 290	2 308	2 312	2 559	2 579	2 612	2 620
*bei Kreditbanken	Mill. DM		.	745 ^d	702	707	713	805	814
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM		57	182	156	163	151	175	163
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM		41	141	128	133	138	131	129
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)											
			9	11	16	12	11	9	11	5	15
Vergleichsverfahren (eröffnete)											
			2	1	1	-	2	3	-	2	-
Wechselproteste											
Anzahl			636	839	963	889	878	733	773
Wert	1 000 DM		465	1 118	1 457	1 445	1 173	826	893
Steuern											
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM		32 185	81 845	125 780	57 537	61 670	64 097	137 633	62 727	67 854
darunter											
*Vermögenssteuer	1 000 DM		1 463	3 256	510	462	8 838	11 244	1 060	1 067	10 431
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM		3 596	9 680	9 673	10 161	9 103	9 483	9 699	11 096	9 643
*Biersteuer	1 000 DM		420	758	913	990	785	974	1 092	1 102	817
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		24 497	63 278	110 717	41 916	38 777	37 983	121 644	43 738	41 996
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM		93 577	159 218	190 225	146 771	136 049	144 799	198 796	144 529	150 353
darunter											
*Umsatzsteuer	1 000 DM		26 688	51 856	56 053	56 289	53 069	54 061	54 692	52 587	54 228
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM		3 113	4 851	5 183	4 681	4 672	5 238	7 518	3 417	6 660
*Beförderungsteuer	1 000 DM		1 034	1 510	1 644	1 769	1 600	1 726	1 833	1 728	1 647
*Zölle	1 000 DM		7 838	6 706	5 352	6 109	5 431	5 471	5 960	8 924	4 818
*Verbrauchssteuern	1 000 DM		41 358	53 838	51 205	51 122	46 485	55 996	57 551	52 203	58 338
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM		32 960	34 275	38 054	36 608	31 160	38 183	42 523	37 633	39 555
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM		13 191	40 456	70 787	26 799	24 792	22 308	71 442	25 687	24 664
Notopfer Berlin	1 000 DM		354	2	2	2	1	1	1	2	- 0
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM		5 396	4 685	1 545	2 771	10 328	7 276	1 517	2 697	10 426
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM		37 688	103 734	181 504	68 715	63 569	60 291	193 085	69 426	66 660
davon											
*Lohnsteuer	1 000 DM		14 013	49 840	59 929	66 004	57 832	53 188	62 913	63 128	59 982
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM		15 925	43 119	96 982	3 218	3 618	4 203	106 112	4 252	5 372
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM		428	917	- 0	37	614	1 756	1 273	1 642	847
*Körperschaftsteuer	1 000 DM		7 322	9 858	24 594	- 545	1 505	1 145	22 787	403	460

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite

16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31.12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
noch: Steuern										
Gemeindesteuerereinnahmen ¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	102 550 ⁺	100 854 ^e	.	.	.	107 337 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 288 ⁺	7 430 ^e	.	.	.	7 309 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 865 ⁺	17 270 ^e	.	.	.	19 060 ^e	.	.
*Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	70 283 ⁺	67 757 ^e	.	.	.	73 101 ^e	.	.
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 175 ⁺	8 397 ^e	.	.	.	7 866 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 745 ⁺	8 725 ^e	.	.	.	8 950 ^e	.	.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	108,2	106,1	106,0	106,6	105,7	105,4	105,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	.	107,0	107,2	107,3	107,3	107,0	106,9	106,9	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	107,8	106,8	106,5	106,9	r 103,1	103,2	p 103,2	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	105,8	105,7	105,7	105,7	104,7	104,5	104,5	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	109,3 ^g	110,8	109,6	112,3	p 102,7	p 103,4	p 101,7	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	118,5	.	.	118,6	115,5
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100	90,8 ^f	109,5 ^g	109,6	108,9	108,7	107,2	107,3	106,6	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	119	119	119	119	120	119	119	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	112,8	112,6	112,8	113,5	114,4	114,1	114,0	114,2
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	110,7	110,6	111,9	111,6	110,8	110,3	...
Kleidung, Schuhe		.	110,5	111,1	111,4	111,6	112,0	111,9	111,9	...
Wohnungsmieten		.	129,7	131,1	132,7	132,9	139,3	139,5	139,8	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	107,5	107,5	108,6	109,1	108,4	108,7	109,7	...
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,6	108,7	108,7	108,1	108,1	107,9	...
Löhne und Gehälter ¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste							<u>Jul</u>			
*männlich	DM	117	221	.	228	.	228
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	241	.	240
*weiblich	DM	68	135	.	136	.	137
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,85	.	4,94	.	5,07
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,16	.	5,26	.	5,36
*weiblich	DM	1,53	3,25	.	3,28	.	3,40
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,6	.	46,1	.	45,0
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	41,6	.	40,2
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	41,9	.	44,9	.	40,6
*weiblich	Std.	41,4	37,5	.	40,9	.	35,8
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 101	.	1 131	.	1 161
*weiblich	DM	382	717	.	728	.	751
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 216	.	1 230	.	1 244
*weiblich	DM	403	741	.	750	.	769
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	969	.	991	.	1 002
*weiblich	DM	331	603	.	616	.	624
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 114	.	1 133	.	1 144
weiblich	DM	(259)	(744)
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 010	.	1 034	.	1 050
*weiblich	DM	347	636	.	649	.	660
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 208	.	1 223	.	1 236
*weiblich	DM	391	741	.	751	.	766

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.7. - 30.9. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1966/67 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
Ereignisse je 1 000 Einwohner				in 1 000		in 1 000					
1958	2 267	8,8	15,2	11,5	8	3	971	185	367	195	224
1963	2 364	9,4	18,4	12,3	15	10	997	133	392	218	254
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 2.5.			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt				Netto-Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
in 1 000												
1958	229	43	36	8 464	9,9	3 734	7 571	6 679
1963	225	41	32	13 088	7,6	5 537	9 798	10 172
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 193	8,4	5 934	10 174	p 11 019
1965	225	41	34	27	44	22	7	p 15 425	p 8,7	p 6 367	p 10 635	.
1966	231	41	37	26	45	23	7	16 600 ^a	7,5 ^a	6 703 ^a	11 000 ^a	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 3)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner 2)			1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe			Rinder	Schweine					
	in 1 000				in 1 000						
1958	1 129	426	1 279	3 522	293	1 745	1 699	3 946	1 045	794	516
1963	1 273	472	1 601	4 637	418	2 273	1 903	3 982	1 252	732	536
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521

Jahr	Industrie ⁴⁾										Bau- haupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch			Produk- tions- index der Industrie 6) 1958=100	
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 5)	Heizöl			
				ins- gesamt	schwer							
									in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM
1958	164	136	293	638	197	5 744	782	892	378	.	100	64 755
1963	174	139	278	966	347	7 966	1 000	659	789	695	131	70 728
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	133	70 651
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	138	70 015
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	585	937	787	142	68 410

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen 2) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 3) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 5) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 6) ohne Energie und Bau; von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 7) bis einschl. 1962 Stichtag = 31.7.; ab 1962 einschl. unbezahlter mithelfender Familienangehöriger a) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.9.1967			Bevölkerungsveränderung im September 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Nov. 1967 (vorläufige Zahlen)				
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte		
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)								
										in %	
FLensburg	96 617	+	0,1	-	0,2	25	118	143	50	6	59
KIEL	269 446	+	0,1	+	0,1	67	102	169	134	1	172
LÜBECK	242 963	+	0,1	+	0,3	59	74	133	126	1	145
NEUMÜNSTER	73 398	-	0,2	-	1,0	23	- 137	- 114	33	-	36
Eckernförde	72 300	+	0,2	+	1,8	70	49	119	32	5	45
Eiderstedt	19 890	+	0,3	+	0,7	11	40	51	6	1	11
Eutin	95 192	-	0,1	+	1,0	39	- 142	- 103	43	2	56
Flensburg-Land	72 152	+	0,1	+	2,1	68	39	107	38	1	53
Hzgt. Lauenburg	140 559	-	0,1	+	1,0	57	- 146	- 89	69	2	87
Husum	65 946	+	0,1	+	0,6	52	- 13	39	28	1	37
Norderdithmarschen	61 207	+	0,1	+	1,9	52	- 1	51	36	1	51
Oldenburg (Holstein)	86 698	-	0,2	+	1,5	35	- 207	- 172	31	5	38
Pinneberg	258 695	+	0,1	+	2,0	124	87	211	117	5	145
Plön	117 624	+	0,0	+	1,0	73	- 49	24	62	3	97
Rendsburg	164 907	+	0,1	+	0,3	84	41	125	94	9	133
Schleswig	100 588	+	0,0	+	1,0	26	22	48	40	1	54
Segeberg	110 883	+	0,4	+	3,1	95	355	450	53	-	94
Steinburg	128 056	-	0,0	+	1,1	61	- 64	- 3	71	7	87
Stormarn	173 955	+	0,3	+	3,8	115	380	495	88	4	111
Süderdithmarschen	73 674	-	0,1	-	0,1	38	- 78	- 40	29	4	38
Südtondern	71 166	-	0,5	+	2,1	49	- 417	- 368	29	3	41
Schleswig-Holstein	2 495 916	+	0,1	+	1,1	1 223	53	1 276	1 209	62	1 590

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1.7.1967		
	Betriebe am 31.10. 1967	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Oktober 1967 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im Okt. 1967 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31.10. 1967	je 1 000 Einw. am 30.9. 1967					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	68	6 540	63	31	48	2 640	19 228	16 996	176
KIEL	170	30 946	115	99	435	2 267	54 349	47 838	177
LÜBECK	152	32 481	134	123	24 969	5 804	45 205	39 009	161
NEUMÜNSTER	59	9 559	130	29	587	696	15 230	13 261	180
Eckernförde	38	1 703	24	7	14	364	17 428	12 953	180
Eiderstedt	9	433	22	2	-	51	4 914	3 595	182
Eutin	50	3 920	40	20	418	694	21 363	16 970	179
Flensburg-Land	32	799	11	4	42	271	20 259	14 774	206
Hzgt. Lauenburg	98	8 319	59	37	348	1 948	32 718	25 468	181
Husum	22	1 245	19	6	2	142	16 959	12 286	187
Norderdithmarschen	33	1 489	24	4	47	324	15 044	10 986	181
Oldenburg (Holstein)	30	1 524	18	7	441	857	19 736	14 348	166
Pinneberg	262	23 062	89	141	587	8 514	57 346	48 242	187
Plön	55	2 601	22	15	152	640	28 027	21 188	181
Rendsburg	104	9 057	55	50	1 416	2 469	39 754	29 895	181
Schleswig	43	3 524	35	32	5 997	4 245	25 665	18 891	188
Segeberg	89	5 554	50	26	124	1 878	29 971	22 119	202
Steinburg	94	10 240	79	55	11 956	26 287	29 256	22 170	173
Stormarn	133	13 874	78	128	456	2 678	41 084	33 889	197
Süderdithmarschen	38	4 397	59	48	1 836	27 010	18 190	13 211	179
Südtondern	13	954	13	6	-	140	17 332	12 973	183
Schleswig-Holstein	1 592	172 221	69	868	49 875	89 919	569 058	451 062	181

1) nach dem Gebietsstand vom 30.9.1967

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchsteuern sowie

Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30.6.1967			Offene Stellen am 31.10.1967 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30.9.1967 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Oktober 1967			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				t 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3.9.1967	Rindvieh am 3.6.1967	
		VZ 1939	30.6.1966							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 489	+ 57	+ 1,2	9	14	112	88,1	7,1	1 831	1 500	501
Hamburg	1 840	+ 7	- 0,6	13	25	1	83,3	7,1	28	19	7
Niedersachsen	6 982	+ 54	+ 0,4	29	53	257	85,9	8,0	5 542	2 946	1 035
Bremen	751	+ 33	+ 0,6	4	6	1	70,0	7,3	13	20	5
Nordrhein-Westfalen	16 832	+ 41	+ 0,1	85	299	214	88,5	8,7	3 657	1 984	783
Hessen	5 250	+ 51	+ 0,6	33	117	110	80,9	9,2	1 481	948	384
Rheinland-Pfalz	3 620	+ 22	+ 0,5	12	32	83	75,0	9,0	840	786	303
Baden-Württemberg	8 548	+ 56	+ 0,3	61	266	235	75,2	9,2	2 166	1 891	823
Bayern	10 256	+ 45	+ 0,7	48	148	571	77,2	9,4	4 309	4 348	1 989
Saarland	1 132	+ 24	+ 0,0	2	16	9	75,3	9,7	82	74	31
Berlin (West)	2 173	- 21	- 0,8	15	16	0	11,2	12,0	.	.	.
Bundesgebiet	59 872	+ 39	+ 0,3	310	991	1 594	80,7	8,8	19 949 ^a	14 517 ^a	5 862 ^a

Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Sept. 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im August 1967		Produk- tions- index ²⁾ 1958=100 im August 1967	Beschäftigte am 31.8.1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31.8. 1967	je 1 000 Einw. am 30.6. 1967	Mill. DM	Aus- lands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	172	68	739	11	126	61	25	2 192	8,8	1 675	6,8
Hamburg	202	110	1 313	13	.	45	24	1 265	6,9	1 273	6,9
Niedersachsen	711	102	2 997	19	.	179	26	5 372	7,7	5 387	7,7
Bremen	94	125	503	12	.	21	28	309	4,1	792	10,6
Nordrhein-Westfalen	2 534	151	9 939	18	.	381	23	10 104	6,0	9 022	5,4
Hessen	672	127	2 394	20	145	139	26	4 616	8,8	1 853	3,5
Rheinland-Pfalz	365	100	1 616	19	207	87	24	2 629	7,3	1 707	4,7
Baden-Württemberg	1 410	165	4 925	19	126	218	26	7 482	8,8	9 469	11,1
Bayern	1 237	120	4 174	15	.	286	28	9 210	9,0	8 166	8,0
Saarland	153	135	416	31	.	24	21	629	5,6	672	5,9
Berlin (West)	253	117	1 024	12	.	48	22	1 729	7,9	1 174	5,4
Bundesgebiet	7 801	130	30 040	18	137	1 488	25	45 537	7,6	41 190	6,9

Land	*Kfz-Bestand am 1.7.1967			Straßenverkehrsunfälle ⁴⁾ mit Personenschaden im Sept. 1967				Bestand an Spar-einlagen ⁵⁾ am 30.9.1967 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 3. Vj. 1967		
	ins-gesamt	Pkw ³⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun-glückte je 100 Unfälle		Landes- ⁶⁾	Bundes- ⁶⁾	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000 Einw. 5)								
Schleswig-Holstein	569	451	181	1 349	62	1 775	136	1 588	107	202	...
Hamburg	415	370	201	1 059	22	1 364	131	2 989	290	1 319	...
Niedersachsen	1 623	1 269	182	3 738	212	5 120	143	1 952	116	199	...
Bremen	153	134	179	367	4	426	117	2 249	204	583	...
Nordrhein-Westfalen	3 500	2 972	177	8 275	388	10 907	136	2 300	170	275	...
Hessen	1 277	1 038	198	2 755	133	3 998	150	2 318	195	225	...
Rheinland-Pfalz	845	646	178	1 909	99	2 761	150	1 918	106	176	...
Baden-Württemberg	2 109	1 667	195	4 246	239	6 059	148	2 308	169	236	...
Bayern	2 597	1 921	187	5 261	279	7 400	146	2 202	144	199	...
Saarland	222	183	162	520	23	686	136	1 733	104	143	...
Berlin (West)	383	341	157	1 128	26	1 396	126	1 681	109	412	...
Bundesgebiet	13 745 ^b	11 016 ^b	184 ^c	30 607	1 487	41 892	142	2 180	156	273	...

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit in allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft

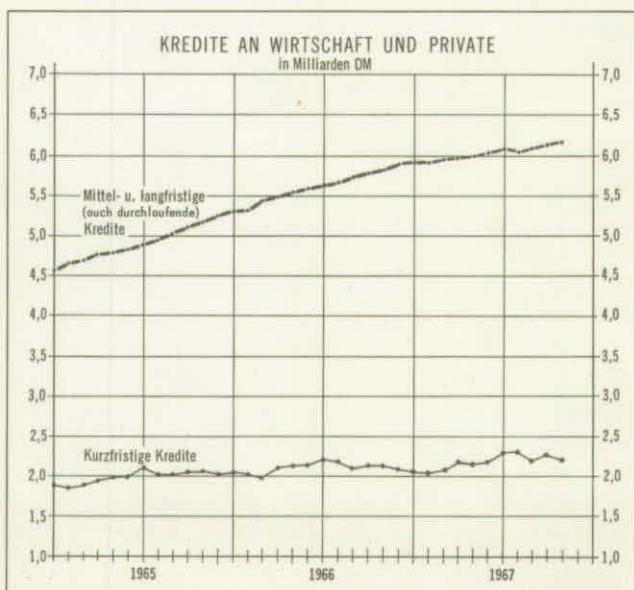
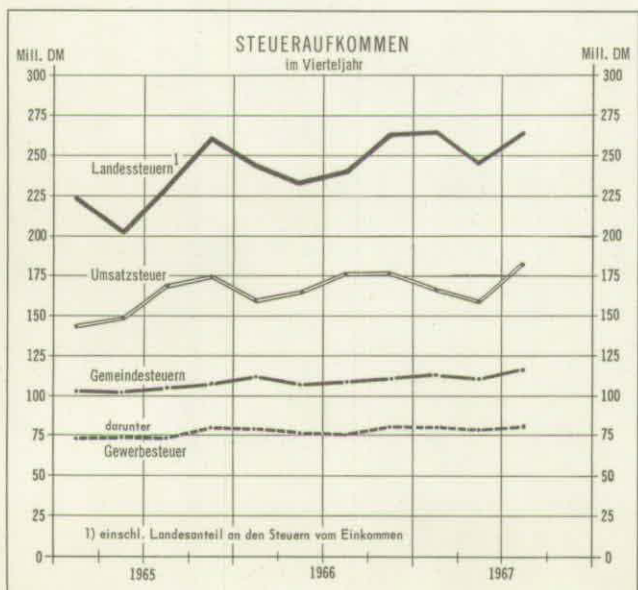
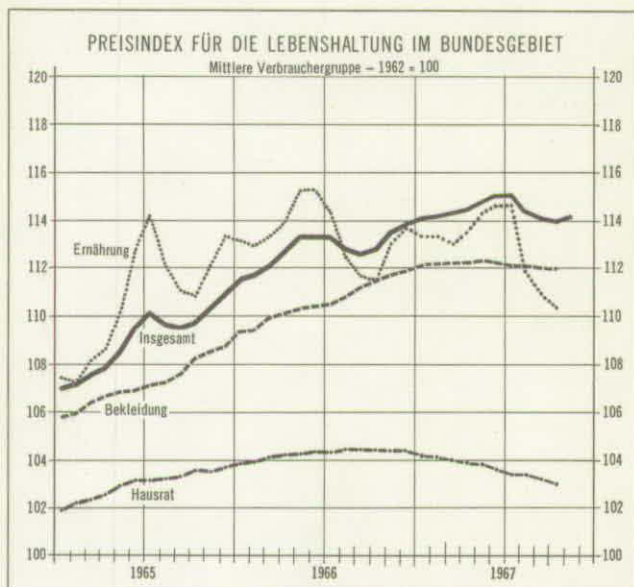
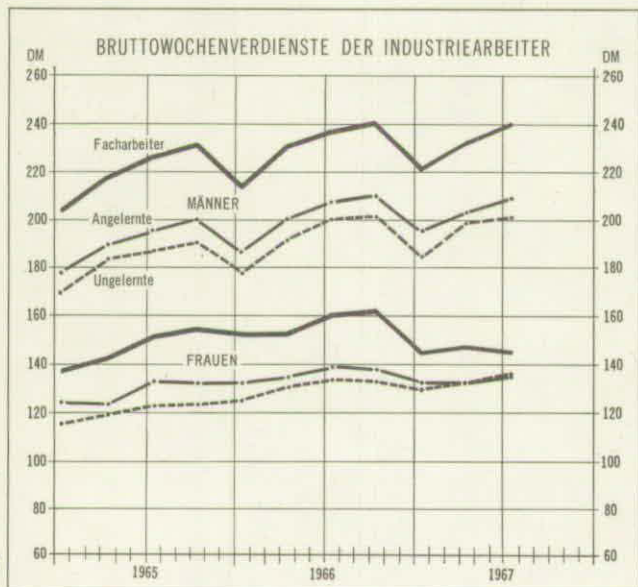
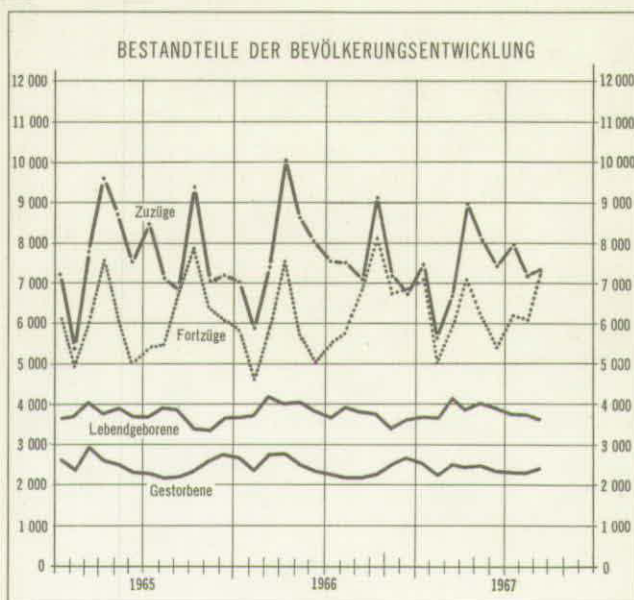
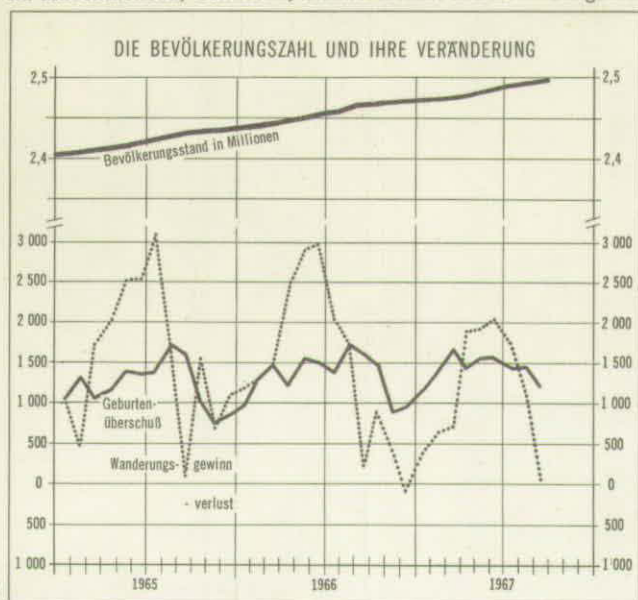
2) ohne Bau und ohne Energie, arbeitstäglich 3) einschl. Kombinationskraftwagen 4) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein)

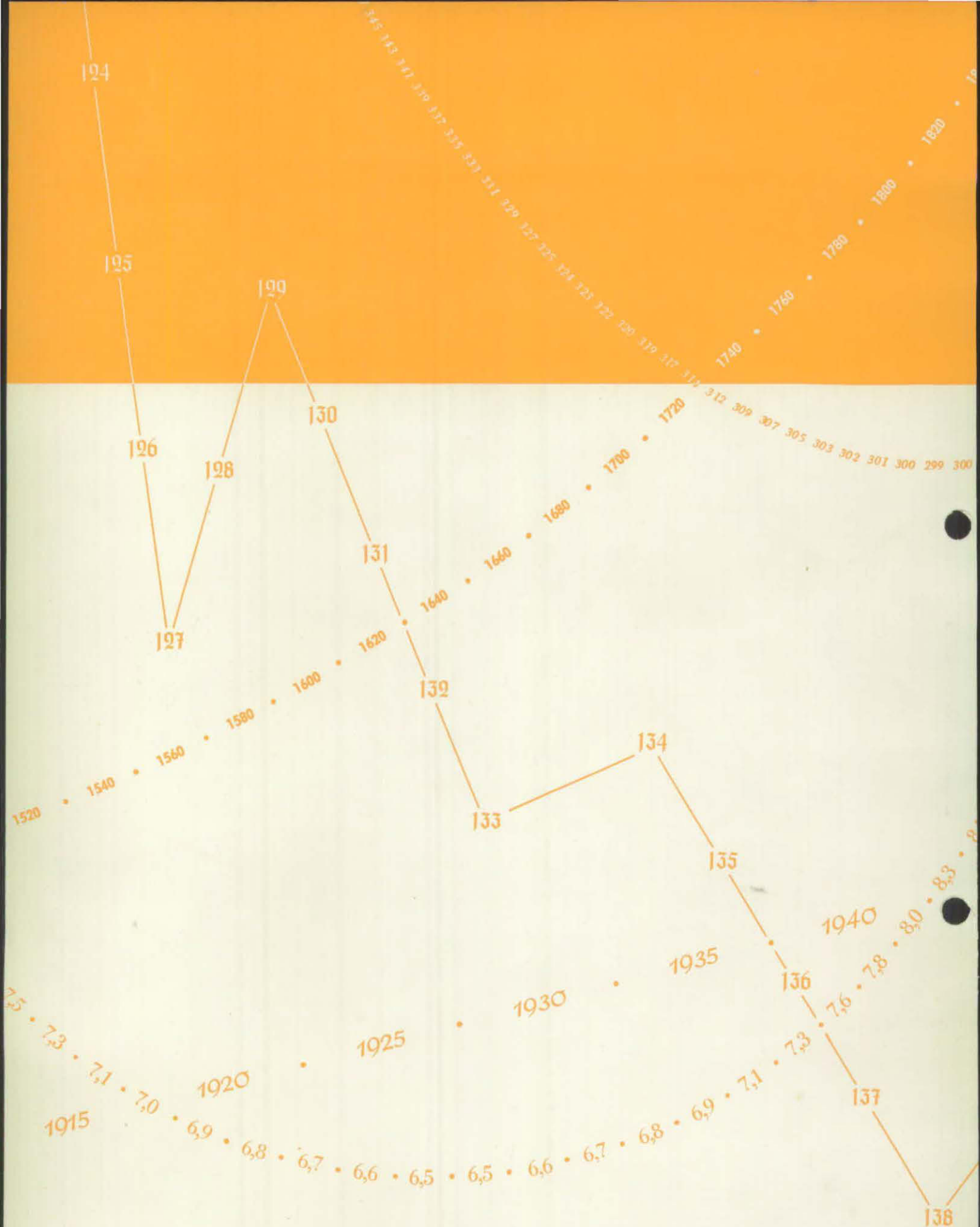
5) ohne Postspareinlagen 6) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten a) ohne Berlin b) darunter Deutsche Bundesbahn und

-post: 52 000 Kfz und 23 000 Pkw c) ohne Bundesbahn und -post

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen